

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. s. w.  
zunächst an den Betr. Bezirksvorständen einzufenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von  
Joh. van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 68.  
Fernsprech-Nr. 1358. P. 222233

Nr. 14. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 4. April 1908. Fernsprech-Nummer 4223. 10. Jahrgang.

## Arbeitslos.

Die Stidereiindustrie befindet sich bekanntlich momentan in einer schweren Krise, die zu einer weitgehenden Produktionseinschränkung Veranlassung gab. Mehrere erstreckt sich z. B. in der Schweiz nach den neuesten Feststellungen auf insgesamt 2934 Maschinen und soll nach einem dieser Tage vom Komitee für Einschränkung der Produktion in der Schiffstiderei gefassten Beschluß bis 1. Mai ausgebeht werden. Natürlich hat diese Krise speziell für die Arbeiter recht unangenehme Begleiterscheinungen, bestehend in Lohnreduktion und Arbeitslosigkeit, im Gefolge. Ueber die bitteren Folgen der letzteren bringt nun ein schweizerisches Blatt, „Die Ostschweiz“, eine ergreifende Schilderung, die so recht geeignet ist, die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen, aber auch der staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenfürsorge darzutun. Wir geben die betreffenden Ausführungen nachstehend wieder:

Arbeitslosigkeit! Wir erhalten heute eine lange Aufzählung eines arbeitslosen Familienvaters, der in beweglichen Worten seine Not und den schweren Kummer seines Herzens klagt. Wir möchten diesen Brief so gerne jenen Tausenden zeigen, die eben erst aus dem Taumel der Fastnachtsvergügen so recht erwacht sind, möchten ihn zeigen all jenen Kreisen, denen ihre eigene Existenz Garantien dafür bietet, daß ein ähnliches schweres Los sie und ihre Familien niemals ereilen wird. Wahrhaftig die Folge müßte sein, daß Hunderte und Hunderte, die heute noch Gegner einer staatlichen oder kommunalen Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosen sind, zu Freunden derselben würden. Wir können uns selten ein Schicksal denken, das neben körperlichen Schmerzen tiefere seelische Leiden mit sich bringt, als gerade die Arbeitslosigkeit, die über eine brave, weidliche Familie gekommen ist, die so gerne arbeiten würde, wenn sie nur arbeiten könnte. Eine wahrhaft bewundernswürdige Armut tritt uns hier so oft entgegen, die im stillen Dalben eine Seelengröße zeigt, die uns so verehrungswürdiger ist, je verborgener und geheimnisvoller sie ihre Reichtümer treibt. Nur nicht der öffentlichen Wohlthatigkeit anheimfallen, nur die Hoffnung nicht ganz verlieren, nur nicht hinein in die schwarze Nacht der Verzweiflung!

Wie oft und oft kehrt dieser Refrain wieder, wenn in einer arbeitslosen Familie ein sorgenbeladener Vater und eine niedergebogene Mutter sich ihr tiefes Herzeleid klagen und sich gegenseitig Trost zusprechen, wenn der Vater von einem Arbeitsplatz zum andern eilt, immer wieder vergeblich, wenn der Magen knurrt und die Seele blutet, indessen an ihm eine geräuschvolle Welt in Reichtum und Uebelglück vorüberflutet, wenn dahinein die Kinderlein weinen, ungeliebt vom Tische gehen und ihre bleichen Wangen noch bleicher werden. Und noch ist das Schreckliche nicht erfüllt. Die Schulden mehren sich; die Mittel gehen aus; der Mietszins kann nicht mehr begahit werden; der Mann, der jahrelang die Pforten der Selbstständigkeit auf sich kommen ließ, er steht mit offenen Augen wehrlos dem treuehütenden Werk zusammenzinken, sieht, daß dasjenige eintritt, was er mit allen Fasern seines Herzens und mit Einlegung all seiner Kräfte zu verhindern suchte: der ökonomische Ruin, der Anheimfall an die öffentliche Wohlthatigkeit, an die kommunale Armenunterstützung. Und mit dem äußern Glück sinkt in den meisten Fällen auch noch das äußere Ansehen zusammen, und diejenigen, die mit bewundernswürdigem Heroismus ein unendlich schweres Los so lange unaußgezehrt und gutgeteigert trugen, erhalten zum Lohn dafür nun auch noch die Achtung vieler ihrer Mitmenschen, die niemals ähnliche Seelengröße bewiesen haben, verjagt.

Ist das nicht auch ein Martyrium, das herausgewachsen ist aus dem heutigen Wirtschaftsleben und aus der Unzulänglichkeit in der Ausgestaltung der sozialen Institutionen in demselben? Ist es nicht heilige Pflicht, hier Wandel und Abhilfe zu schaffen, um so mehr, je größer die Not und je häufiger sie sich tagtäglich vor unsern eigenen Augen wiederholt? Den stillen, tapferen Duldern aber, die seelengroß den Verzweiflungskampf mit einem herben Gesicht aufnehmen, die im Martyrium bitterster Not eine verehrungswürdige sittliche Größe zeigen, die im blutenden Weh den Ritter Schlag des Seelensadels empfangen, der unergänglich ist und unerreichbar für profane Hände, ihnen unsere Hochachtung und den Gruß der Bewunderung!

Wirklich ein erschütterndes Bild! Eine tiefgehende Würdigung der bitteren Folgen des schrecklichsten Arbeitslosigkeit! Sollte diese Schilderung nicht ein Appell sein, der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verlande näher zu treten? Auch bei uns macht sich ein Abflauen der Konjunktur bemerkbar. Bereits werden aus einzelnen Bezirken Produktionsereinschränkungen gemeldet, um Arbeiterentlassungen vorzubeugen. Noch haben wir ja keine Beranlassung, allzu schwarz in die Zukunft zu sehen. Mein — wer weiß, was diese in ihrem Schöße birgt?

Obige Schilderung enthält aber auch eine ernste Mahnung an die abseits stehenden Kollegen und Kolleginnen, der Organisation beizutreten. Diese allein ermöglicht es dem Arbeiter, die gute Konjunktur auszunutzen zur Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und befähigt ihn dadurch, den Notpfennig für schlechte Zeiten zurückzulegen.

Die Organisation erstreckt ferner den Abschluß von festen Tarifverträgen, um so dem Arbeiter auch in Zeiten niedergehender Konjunktur geordnete und gesicherte Verhältnisse zu verschaffen. Sie ist es auch, die den Bemühungen mancher Arbeitgeber, sich bei schlechtem Geschäftsgang möglichst an Arbeiter schuldig zu halten, entgegentritt. Darum ist es Pflicht aller, denen das eigene Wohl, das Wohl ihrer Familie am Herzen liegt, der Gewerkschaft beizutreten.

## Konsumvereine und Arbeiterbewegung.\*)

Die ersten Jahre der Entstehungsgeschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung verzeichnen auch die Gründung der christlichen Konsumvereine. In den ersten Jahren, wo durch die Schwäche der Bewegung naturgemäß die gewerkschaftlichen Erfolge nicht so handgreiflich zutage traten wie heute, glaubte man in einer Anzahl Ortsgruppen den Mitgliedern durch gemeinsamen Einkauf von Kohlen und Kartoffeln einen Vorteil bieten zu sollen. Besonders im christlichen Textilarbeiterverband trat dieses Bestreben häufig in die Erscheinung. Aus diesem Bestreben entstanden die sogenannten Einkaufskassen, die den Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit boten, im Laufe des Jahres kleine Summen einzuzahlen, um mit dem erwarteten Gelde die durch die gemeinsamen Einkaufskassen bezogenen Wintervorräte bezahlen zu können.

Aus diesen Einkaufskassen entwickelten sich dann die Konsumvereine, und diese Entwicklung läßt es begreiflich erscheinen, daß dieselben ihre Tätigkeit auf den Kreis der Gewerkschaftsmitglieder beschränkten. Sie waren also im richtigen Sinne nur Konsumvereine für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, eine Tatsache, die auch im Namen zum Ausdruck kam, indem die meisten sich „Christliche Konsumvereine“ nannten. Da auch heute noch in der christlichen Arbeiterbewegung nicht überall volle Klarheit herrscht, ob sie oder die allgemeine Verfassung unserer Konsumvereine die richtige im Interesse unserer Bewegung ist, so dürfte es angebracht erscheinen, das Verhältnis der beiden Bewegungen, Gewerkschafts- und Konsumvereine, zu klären. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, Ziele und Zwecke, die den Gründern der christlichen Konsumvereine vorschwebt haben, zu präzisieren. Sie wollten:

- 1) Den christlichen Gewerkschaftsmitgliedern außerhalb oder neben den gewerkschaftlichen Vorteilen auch die des gemeinsamen Einkaufs der Lebensmittel zuteil werden lassen.
- 2) Dadurch, daß dieser Vorteil nur den Gewerkschaftsmitgliedern zuteil wurde, auch die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft begehrenswerter erscheinen lassen und so eine Stärkung der Mitgliederzahl der letzteren herbeiführen.

Es sind jetzt Jahre genug vergangen, um die Frage zu beantworten: „Ist dieser Zweck, jenes Ziel, welches man sich gestellt hatte, durch die Konsumvereine erreicht worden?“

Wenn wir die Frage vorurteilsfrei untersuchen auf Grund der gemachten Erfahrungen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß der erste Zweck, den Gewerkschaftsmitgliedern Vorteile beim Einkauf von Lebensmitteln zu bieten, nur zum Teil erreicht worden ist, der letzte Zweck jedoch, Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, gänzlich in seiner Allgemeinheit mißglückt ist.

Der erste Zweck, Vorteile zu bieten durch den gemeinsamen Einkauf, konnte nur ungenügend erreicht werden, weil die christliche Gewerkschaftsbewegung eine nicht genügend breite Basis bot, um die große Konsumtentanzahl der Konsumvereine zuzuführen. War an und für sich in der Gründungszeit der Konsumvereine die christliche Gewerkschaftsbewegung noch selbst ziemlich schwach, so mußte auch noch die Tatsache verzeichnet werden, daß eine große Anzahl Mitglieder derselben den Konsumvereinen fernblieben, andererseits aber auch ein großer Prozentsatz der Mitglieder, weil unverheiratet, für dieselben nicht in Betracht kommen konnten. Auf Grund dessen blieb denn auch die übergroße Mehrzahl der Konsumvereine ungenügend zahlreich und kraftlos. Die es an Mitgliederzahl nicht über die Kundenzahl eines mittleren Geschäftes hinausbrachten. Ein weiterer Fehler, der, wenn er vermieden worden wäre, vielleicht zu einem Teile die wirtschaftliche Wirkung der Konsumvereine hätte erhöhen können, war der, daß an ein und demselben Orte jede Ortsgruppe dazu überging, eine eigene Genossenschaft zu gründen. Anstatt daß die wirtschaftlich wie kommunal zusammengehörigen Orte einen großen Konsumverein gründeten und in den einzelnen Stadtteilen und Vororten Filialen errichteten, entstanden eine große Anzahl kleiner Genossenschaften, welche sich durch Dividendenjagd und Mitgliederabtreibung gegenseitig das Leben fauer machten. Auf Grund dieser Tatsachen bestehen im Gladbacher und Klagenor Gebiet 15-20 Genossenschaften, von denen der vierte, sicher aber der dritte Teil genügt haben würde. Vier eine Verschmelzung her-

\*) Konsumgenossenschaften und christlich-nationale Arbeiterbewegung, eine im Verlage des Verfassers Peter Schlad, Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ Klagenor a. Rh. erschienene Broschüre, die zum Preise von 15 Pf. vom Verleger zu beziehen ist. Wir können unseren Mitgliedern den Kauf der Broschüre empfehlen.

beizuführen, ist die dringendste Aufgabe der in Betracht kommenden Faktoren.

Der Zweck der Konsumvereine ist, eine bessere, billigere und damit rationellere Warenvermittlung herbeizuführen, als wie es dem heutigen, dezentralisierten Kleinhandel möglich ist. Der Konsumverein soll ein Preisregulator sein, ein Nachschaffender, der die Kraft besitzt, alle Bestrebungen, welche darauf hinauslaufen, die Preise der Lebensbedürfnisse ohne Rücksicht auf den realen Wert festzusetzen, sei es nun durch Ringbildung der Fabrikanten oder Händler, zurückzuhalten. Dieser Einfluß kann aber nur dann erreicht werden, wenn der Konsumverein der direkte Vermittler des Produktes zwischen Konsument und Produzent und jeder überflüssige Zwischenhandel ausgeschlossen ist. Daß ein solcher Einfluß den Konsumvereinen mit 40, 100 oder höchstens einigen hundert Mitgliedern verjagt geblieben und auch in Zukunft verjagt bleiben wird, ergibt sich aus ihrer beschränkten Tätigkeit, welche die vieler Privatschäfte nicht einmal erreicht. Die kleinen Vorteile, welche die Konsumvereine ihren Mitgliedern geboten haben, wurden meistens auf Grund der primitiven Einrichtung und der unbezahlten oder schlechtbezahlten Verwaltungstätigkeit erreicht.

Daß die erhofften Vorteile nicht eingetreten sind, hat auch die Entwicklung der beiden so eng verflochtenen Bewegungen, der Gewerkschafts- und Konsumvereinebewegung gezeigt. Während die christlichen Gewerkschaften ungeahnte Fortschritte machten und zusehends erstarkten, sind die Konsumvereine eher rückwärts als vorwärts gegangen.

## Heimarbeit-Ausstellung, Frankfurt a. M.

Im Januar-Februar 1906 fand in Berlin eine Heimarbeit-Ausstellung statt, welche die Anregung zu einer solchen Ausstellung in Frankfurt gab. Aus der Berliner eine Wanderausstellung zu machen, erschien nicht tunlich, da sich die Objekte im Besitz der Gewerkschaften befanden. In der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung vom 20. II. 1906 stellten die Herren Dr. Brud und Hüttmann einen Antrag auf Abhaltung einer Heimarbeit-Ausstellung in Frankfurt. Die Sache wurde an den Magistrat verwiesen, welcher es ablehnte, sie selbst in die Hand zu nehmen, aber seine Unterstützung in Aussicht stellte, falls die hiesigen wissenschaftlichen Vereine die Veranstaltung in Gang bringen wollten.

In der Sitzung der Sektion für Volkswirtschaft des Freien Deutschen Hochrats am 21. II. 1906 stellte Stadtrat Dr. Fleck einen dahingehenden Antrag, worauf die Vorstehenden der Sektion sich zunächst mit den maßgebenden Vertretern des „Sozialen Museums“, der Akademie und der Handelskammer in Verbindung setzten. Nach verschiedenen vorbereitenden Besprechungen fand im Saale der Handelskammer am 27. April eine größere Versammlung statt, welche sich als Hauptausstellung konstituierte, die Vorstände für die Ausstellung und deren einzelne Sektionen wählte und Satzungen feststellte. Dieser Versammlung wohnten Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden, der Handelskammer von Frankfurt und der benachbarten Städte, der Untervorstände von Gießen, Marburg, Heidelberg und Würzburg, eine Anzahl von Professoren, Vertretern der Gewerkschaften, hiesiger und benachbarter Vereine und viele andere Interessenten bei.

In dem ausgegebenen Programm wurde die Absicht ausgesprochen, statt einer Nachahmung der Berliner Ausstellung ein Unternehmen mit eigenem Charakter zu schaffen, das geeignet wäre, jene zu ergänzen und möglichst sichere Ergebnisse zu erzielen. Die hiesige Ausstellung soll sich auf die Darstellung der Heimarbeit des Frankfurter Wirtschaftsgebietes beschränken, in diesem örtlich eng begrenzten Gebiet aber ein umfassendes Bild der Heimarbeit in ihren wirtschaftlichen, technischen und sozialen Voraussetzungen, Formen und Folgen geben. Sie soll vollständige Unparteilichkeit zu ihrem Grundsatze machen und daher sich in gleicher Weise auf die Arbeiter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer stützen.

örtliche Begrenzung: Diejenigen Gebiete Hessens, Nassaus und Bayerns, welche in der Hauptsache Taunus, Rhön, Vogelsberg, Spessart und Odenwald umfassen.

Sachliche Begrenzung: Darstellung der Heimarbeit dieser Gegenden in den verschiedenen Industriezweigen 1. nach ihrer wirtschaftlichen und technischen Seite hin: Arbeitsverfahren, Arbeitsverhältnisse, Arbeitspreis und Herstellungskosten sowie Verkaufspreise des Produkts; 2. nach der sozialwirtschaftlichen Natur der Heimarbeit: a) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und anderen gewerblichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten; b) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Familie; c) Einfluß der Heimarbeit auf die Einkommensverhältnisse; d) Zusammenhang zwischen Heimarbeit und Wohnung.

Zur Leitung der wissenschaftlichen Arbeiten, Sammlung und Sichtung des Materials hat der Ausstellungsvorstand einen besonderen „wissenschaftlichen Ausschuss“ gebildet. Dieser wissenschaftliche Ausschuss, der die Zentralstelle für die wissenschaftlichen Arbeiten sein soll, hat seinerseits eine Reihe von Sachverständigen zur Untersuchung der einzelnen Zweige der Heimarbeit eingeleitet. Die Sachverständigen bestehen aus mindestens drei Personen, nämlich aus einem wissenschaftlich gebildeten, unparteilichen Vetter und aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Heranziehung der Unternehmer zur Arbeit an den die Ausstellung vorbereitenden Untersuchungen hat bis jetzt noch bei keiner derartigen Veranlassung stattgefunden und soll als besondere Eigenart dieser Ausstellung betont werden. Sie wird als das einzige Mittel betrachtet, um für die Ergebnisse der Untersuchung den Charakter der Zuverlässigkeit und Wissenschaftlichkeit beanspruchen zu dürfen. Es hat sich in manchen Fällen diese Heranziehung der Unternehmer als eine schwierige Aufgabe erwiesen, da nicht alle zu überzeugen waren, wie sehr eine solche Mitarbeit zur Verhütung einseitiger Darstellungen, die u. a. den Berliner Ergebnissen teilweise zum Vorwurf gemacht wurden, in ihrem eigenen Interesse liege. In der Tat ist es möglich gewesen, für fast alle und namentlich die bedeutendsten in Frage kommenden Industriezweige in hohem Grade eifrige und kenntnisreiche Unternehmer zur Mitarbeit zu gewinnen. Ebenso ist anzuerkennen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer sowohl bei der Leitung der Vorarbeiten, als auch in den Sachverständigen mit großem Fleiß und in entgegenkommender Weise sich beteiligt haben, und daß die Sitzungen und Besprechungen in durchaus harmonischer Stimmung verlaufen sind. In den Fällen, wo in den beiderseitigen Angaben, namentlich über die Lohnsätze und den nach Zeit berechneten Verdienst keine Übereinstimmung erzielt werden konnte, werden in der zu veröffentlichenden Darstellung beiderlei Angaben gegeben werden. Die Aufgabe der Mitarbeiter in den Sachverständigen war eine vierfache:

1. Besuche bei den Heimarbeitern und Untersuchungen der einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse (Arbeitszeit, Lohnsätze u. s. w.) auf Grund von Fragebogen, welche nach einem allgemeinen Schema für jedes einzelne nach ausgearbeitet waren.
2. Beschaffung von geeigneten Gegenständen für die Ausstellung mit Angaben der bezahlten Löhne und sonstigen Umstände für jeden einzelnen oder für Gruppen und Gegenständen. Diese Gegenstände wären den auszustellenden Waren als „Erläuterung“ beizufügen, um bei der Ausstellung als Erläuterung zu dienen.
3. Die Abfassung von wissenschaftlichen, kurz gefassten, aber genügend aufklärenden Monographien, deren Fertigstellung nicht für die Eröffnung der Ausstellung als notwendig betrachtet wird, sondern welche, sobald wie tunlich, in zwei oder drei Sammelbänden (bei Fischer in Jena) erscheinen werden. Die Abfassung dieser Monographien wird in entsprechender Weise honoriert, während die übrige Mitarbeit fast durchgehend freiwillig ist.
4. Ganz kurze Beschreibungen, die bei Eröffnung der Ausstellung fertig vorliegen müssen und die als Führer zusammengestellt, zur Belehrung der Besucher dienen sollen.

Im Verlauf der Arbeit hat es sich ergeben, daß die Anzahl der einzelnen Arbeitszweige, welche für dieses Gebiet in Frage kommen, weit bedeutender ist als anfangs vermutet wurde. Während man zuerst auf 30 bis 40 gerechnet hatte, enthält das ausgegebene Verzeichnis 73 Fächer. Einzelne waren so unbedeutend, daß sich ihre Verarbeitung nicht lohnte. Als die bedeutendsten sind zu verzeichnen (in alphabetischer Ordnung):

- Büchsenfabrikation (Westerwald, Rheinprovinz).
- Damenkleiderkonfektion (hauptsächlich Frankfurt).
- Drahtwaren- und Nadelindustrie (Taunus, Westerwald).
- Eisenblech- und Blech-Schneiderei (Odenwald).
- Herrnkleiderkonfektion (fast ausschließlich in den Städten).
- Herrnmätschneiderei (ebenso).
- Holzschmiederei (Odenwald, Rhön, Vogelsberg, Westerwald).
- Korbflechterei (Vogelsberg, Rhön, Odenwald, Westerwald).
- Portefeuilleindustrie (Offenburg und Umgegend).
- Tabak- und Zigarrenindustrie (Offenburg, Gießen, Westerwald).
- Töpferei (Vogelsberg, Rhön, Odenwald, Westerwald).
- Wäschekonfektion (Frankfurt, Darmstadt, Mainz).
- Weber- und Spinnerei (Rhön, Vogelsberg, Westerwald).

Die Ausstellung wird die von den Vorstehenden der Sachverständigen besorgten, teilweise auch von Unternehmern zur Verfügung gestellten in Heimarbeit angefertigten Gegenstände enthalten. Zur Erläuterung dienen beigelegte „Erläuterungen“ mit den notwendigen Angaben über Persönlichkeit des Arbeiter, Wohnungsverhältnisse, Lohnsätze und Berechnung des Verdienstes nach Zeit.

Eine Anzahl von Photographien zeigen Wohnungen und Arbeitsstätten. Während in Bezug auf das Einkommen der Arbeiter extreme Fälle, welche auf ausnahmeweise Umstände zurückzuführen waren, möglichst ausgeschaltet wurden, dies natürlich nur da, wo die Wahrheitsliebe der Darstellung dadurch beeinträchtigt worden wäre, wurden bei den photographischen Bildern besonders traurige Wohnstätten absichtlich nicht vermieden.

Für die Ausstellung wurde eine Landkarte angefertigt, auf der die räumliche Verteilung der Heimarbeit in übersichtlicher Weise kenntlich gemacht ist. Ferner sollen, um in wirksamer Weise hausindustrielle Verhältnisse, insbesondere die Produktionsmittel zu veranschaulichen, auch einige dafür geeignete Industrien unter Zuziehung von Arbeitern oder Arbeiterinnen in vollem Betriebe gezeigt werden. Es ist hierfür in Aussicht genommen Korbflechterei, Eisen- und Holzschmiederei, Werkzeugschneiderei.

Mitglieder, Köpfe und Beinenweber; letztere an einem der alten Werkzeuge, die voraussichtlich in nächster Zeit der Bergarbeit angehören werden.

Die lokale Anordnung der Ausstellung, Beschaffung des Mobiliars und Aufstellung der Gegenstände erfolgt unter Leitung eines Herrn Schreiner.

Die Ausstellung soll während der Monate April und Mai von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet sein. Der Eintritt ist auf 25 Pf. festgesetzt, außerdem werden Karten für Arbeiter und ihre Familien durch die Gewerkschaften zu 15 Pf. ausgeben.

Der für die Finanzierung eingesezte Ausschuss unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrat E. Labenburg hat die Einnahmen auf etwa 20.000 bewertet. Es befinden sich dabei ein fester Beitrag der Stadt Frankfurt von 15.000, Offenbach 2000, sowie kleinere Beiträge von Darmstadt, Genua und Worms.

Die Ausgaben wurden im Budget auf 20.000 bemessen, nämlich 15.000 für Bureaukosten, 32.000 für wissenschaftliche Arbeiten und Sachkommissionen und 15.000 für die eigentliche Ausstellung.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewerben und Arbeitsfreigeiten.

Zobensbüren. Die Firma Swering hat sich nicht bewegen lassen, die Kündigung für die vier Arbeiter zurückzunehmen. Spornungslos sind alte, langjährige Arbeiter auf's Pfahler gesetzt.

Lampertsmühle (Pfalz). Es kommt selten etwas besseres. Das dies Brevi in den meisten Fällen sich bewährt, mussten leider auch unsere Kollegen in der letzten Zeit zur Genüge erfahren.

Auch die Weber verdienen ihm zuviel. Dies behauptet er am 4. März leghin in Gegenwart eines Arbeiters mit folgenden Worten: „Die höchsten Löhne sind zu unzureichend. Bei uns verdienen die Weberinnen höchstens 1.60 M., hier sind sie mit 3.60 M. nicht zufrieden.“

Im vorigen Sommer wurde einem Kollegen gefündigt mit der Begründung, er hätte im Betriebe agitiert. Als der betreffende Kollege für diese Behauptung Beweise verlangte, gab man ihm zur Antwort: „Das habe ich nicht nötig!“

Als ferner am 20. Dez. unser erster Vorsitzender in einem anderen Betriebe gemeldet wurde, war es am 21. Dez. ein guter Freund dieses Herrn, der zugunsten zum Revolverweiser avanciert, unserm zweiten Vorsitzenden erklärte: „Im allgemeinen heißt es, jezt kommt da an die Reihe.“

Allethings hat man auch dieser Herr wieder seine „Leuten“, die vernünftig werden. Das sind vor allem die Mitglieder des Turnvereins, dem Herr A. die Ehre hat, als zweiter Vorsitzender vorzuführen.

Das Arbeiterinnen auf bessere Posten veretzt werden, geht nicht zu den Seltenheiten. Aber auch hier wird, wie bei den Mitgliedern des Turnvereins, weniger auf die Fähigkeiten geschaut. Sogar konfessionelle Gründe spielen mit.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört. Wir haben wieder lange Zeit geschwiegen, um die hier bestehenden Gegensätze zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen und ihren Delegierten nicht noch mehr zu verschärfen.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

Siehe, Arbeiterinnen, macht auf! Nicht eigenmächtig macht es einen wütender an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich am Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

das dieser Mann, der mit 5 seiner Familienangehörigen dort arbeitet, in einer Wohnung - leidet und raucht noch keine 40 Mark inelgemein ausbezahlt erhält. 6 Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft in den Dienst des Unternehmers und erhalten für die Arbeit einer ganzen Woche noch keine 40 M. insgesamt an Lohn.

Ihr fremden Arbeiter und Arbeiterinnen, lernt daraus und meidet Bierzen. Wie es mit der Behandlung der Arbeiterinnen, ganz besonders der jugendlichen, dort aussieht, dafür folgendes Beispiel: Die dort beschäftigten auswärtigen Arbeiter traten an den Maschinen heran, damit er ihnen das Mittagessen aufwärmen möchte. Der Maschinist, der übrigens auf das „Angestellter“ viel zu geben scheint, gab einer jugendlichen, noch nicht 17 Jahre alten Arbeiterin eine Antwort, die wir einfach nicht wiedergeben können. Hierauf legte sich der Sohn des Arbeitgeber, Herr Küppers jr. ins Mittel und empfahl dem Maschinisten ein „Fremdwort“, welches er, wenn die Arbeiterinnen noch einmal zu ihm kämen, nur anwenden sollte. Der Maschinist hat denn auch hiervon Gebrauch gemacht und den Arbeiterinnen eine Erklärung dieses Fremdwortes gegeben. Aus Anstandsgründen müssen wir darauf verzichten, die Erklärung hier wiederzugeben. Diese Schilderung des Vorganges wurde uns auf der Fabrikversammlung der betreffenden Firma öffentlich gegeben.

Sollte man es für möglich halten, daß es hier am Orte Angestellte gibt, welche in einer derartigen Weise jugendliche Arbeiterinnen behandeln? Wahrscheinlich bei solchen Zuständen braucht man sich über Verrohung der jugendlichen Arbeiterinnen nicht zu bekümmern. Die Feder fräut sich, alles wiederzugeben, so müde ein solches Gebahren an; aber unsere Pflicht ist es, derartige an die Deffektivität zu bringen, damit solche Elemente, die ein sittliches Gefühl nicht zu kennen scheinen, gekennzeichnet werden.

Die Behandlung, die dort den Arbeitern zuteil wird, hat nun auch dazu beigetragen, die dortige Belegschaft aufzurütteln. Die größte Anzahl der dort Beschäftigten hat sich im Laufe der vorigen Woche der Organisation angeschlossen, hoffentlich lassen die noch fernstehenden nicht mehr lange auf sich warten. Auch dem Indifferenteften müßte dieser Vorfall doch Veranlassung sein, sich sofort dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter anzuschließen.

Im Anschluß hieran möchten wir noch ein Wort an unsere Kolleginnen und Kollegen allerorts richten.

Bei denjenigen Firmen, wo die Behandlung der Arbeiter eine so menschenwürdige ist, herrscht gewöhnlich starker Mangel an Arbeitskraft. Es wird nun versucht, durch Injuzieren in den in- und ausländischen Zeitungen Arbeiter von auswärtig heranzuziehen. Wir warnen hiermit alle fremden Kolleginnen und Kollegen, sich nach Bierzen anwerben zu lassen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Textilarbeiter sind hier am Orte zum Teil derart, daß wir jedem Verbandsmitglied anraten, sich zuerst bei dem Geschäftsführer unserer Ortsgruppe zu erkundigen, ehe es hier Arbeit annimmt. Die Geschäftsstelle unseres Verbandes befindet sich Hauptstraße 113.

Aus unserer Bezirke.

Baden.

Bericht über die Agitation im Wiesental vom 26. Januar bis 11. Februar. Auf einer Konferenz in Schopfheim wurde beschlossen, eine Anzahl Versammlungen im Wiesental abzuhalten, um die evangelische Arbeiterbewegung mehr als bisher für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen und sie von dem Borurtel zu befreien, die christlichen Gewerkschaften seien Zentralsgewerkschaften. Wenn auch der Erfolg dieser Versammlungen den Erwartungen nicht ganz entsprach, so muß doch gesagt werden, daß die Stellung der evangelischen Arbeiterbewegung zur christlichen Gewerkschaftsbewegung eine bessere geworden ist, und daß durch anhaltendes Arbeiten noch großes erreicht werden kann. Es haben sich auch einige evangelische Arbeitervereine und Parteien für die christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Die Anführer in evangelischen Arbeiterkreisen sind somit sehr gute und willkommene. Im allgemeinen steht die Arbeiterbewegung des Wiesentals noch geistig tief, und es wird außerordentlich viel Arbeit und Mühe kosten, sie soweit heranzuführen, bis sie den richtigen Wert der christlichen Gewerkschaften erkannt hat.

Was nun der Besuch und Erfolg der einzelnen Versammlungen anbetrifft, so waren die Versammlungen in Hülfsheim, Raabburg, Langenau und Steinen schlecht besucht. Praktische Erfolge konnten nicht erzielt werden. In diesen Orten haben die Textilarbeiter große Freude vor den Fabrikanten und besonders deshalb nicht in die Versammlungen. Es muß hier mit Fleiß und Hingabe eingegreift werden, um wieder einen festen Stamm zu bekommen. Die Versammlungen in Stombach und Langenau waren ziemlich gut, die in Stombach, 11. Jan. und 12. März. Sehr und Rohmatt dagegen von 50 bis 200 Personen besucht. In allen diesen Versammlungen wurden moralische und einige materielle Erfolge erzielt. Die Versammlung in Fahrnan mußte infolge eines Traversalles in der Brückstraße ausfallen. Das die Versammlungen im allgemeinen schlecht besucht waren, war auch unter anderem der dort lebenden Landtagsratswahl zugunsten. Romanien herrscht in einigen Orten große Erregung, weil den Arbeitern sehr schlechtes Rohmaterial zur Verarbeitung gegeben wird und dadurch der Lohn ein sehr geringer ist. Allmählich werden die Arbeiter des Wiesentals doch organisatorisch, und es kann durch anhaltende und intensive Agitation noch vieles erreicht werden.

XI. Bezirk Thüringen-Sachsen-Brandenburg.

Orts. In der letzten Mitgliederversammlung hielt der Vorsitzende, Kollege Scheffl, einen Vortrag über „gelbe Gewerkschaften“, ihre Entstehung und ihr Wirken in Frankreich. Den zweiten Teil dieses Vortrages bildete die „Selbst“ in der deutschen Arbeiterbewegung, als Kollege Scheffl in der nächsten Versammlung. Wir müssen hiermit den Kollegen, die sich nie in Versammlungen sehen lassen, zu: Ergeben sich endlich einmal und zeigt Interesse für unsere eigene Sache. Reichert. Anfang März hielt in unserer Generalversammlung ab. Es wurde der Jahresbericht und der Geschäftsbericht verlesen und der Kassierern Einzahlung erteilt. Die Vorstandswahl wurde vertagt

bis zur nächsten Versammlung, die am Mittwoch, den 8. April stattfinden soll. Alle Mitglieder müssen erscheinen; der Sekretarvorsitzende hält einen Vortrag. Eisenborf. Die Witzigkeit der hiesigen Land. Fachabteilung, welche erst nach der christl. Gewerkschaft gegründet war, war von sehr kurzer Dauer. Schon vor Jahresfrist ist aber die Hälfte der Mitglieder verloren gegangen, wovon vielen der Weg ins rote Lager lieber war, als die mittlere Linie.

Trotz dieses Mißerfolges hatte ein „berufener Führer“ immer noch die Kühnheit, zu behaupten, nur im Rheinland haben die christlichen Gewerkschaften eine Berechtigung. Bei uns in Sachsen seien die „Fachabteilungen“ die richtige Gewerkschaftsform für die katholischen Arbeiter. Ja, wenn der Herr verberben will, den schlägt er mit Bluthut!

Für unseren Bezirk finden folgende Konferenzen statt: Am 5. April in Jittkau, nachm. 1 Uhr, in der Gebauer Bierhalle. Am 26. April in Forst (Aussig). Am 2. Mai in Greiz. Tagesordnung durch Rundschreiben.

Erfolge der Hausagitation. Lambrecht: 12 Kollegen, 2 Kolleginnen. Rappoltsweiler: 3. Beyenburg: 5.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wohlt. Der schlechte Geschäftsgang macht sich in der Textilindustrie unseres Ortes schon recht bemerkbar. Es stehen in den verschiedenen Betrieben insgesamt schon Hunderte von Webstühlen still. Verschiedene Betriebe lassen die Arbeit einen Tag in der Woche ruhen. In anderen Fabriken läßt man die Arbeiter geraume Zeit auf Material warten und schränkt so die Produktion ein. Auch wird schon der Versuch gemacht, hier oder da den Lohn zu reduzieren. So kürzte die Firma Schneider, Lohnweber, die Weblöhne, die Firma Albin Zangerding die Löhne der Spulerrinnen von 6 auf 2 1/2 Pf. pro Kilo. In beiden Betrieben ist unsere Organisation fast gar nicht vertreten. Die Arbeiter waren zur Abhaltung von Belegschaftsversammlungen und zum Eintritt in den Verband nicht zu bewegen. Einige Fabrikanten glauben, es sei die richtige Zeit gekommen, Arbeiter, die sich um die Verbreitung der Organisation bemüht haben, aus ihren Betrieben zu entfernen. Doch scheint die schlechte Konjunktur auch unsere Mitglieder erzieherisch zu wirken. War doch unsere letzte Mitgliederversammlung vom 25. März sehr stark besucht. Zunächst wurde beschlossen, bald eine Mitgliederversammlung abzuhalten, zu der auch die Frauen der Mitglieder eingeladen werden. Sodann hielt Kollege Dieker einen längeren Vortrag über den Gezeitentwurf betr. Arbeitsstammern. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der man zu dem Beschlusse kam, den Gezeitentwurf zur Durchberatung an den Unterrichtsrat zu verweisen. Später soll sich die Mitgliederversammlung nochmals mit der Materie befassen.

Dahlhausen. Unsere am 15. März abgehaltene Mitgliederversammlung zeigte nicht den Besuch, den wir erwartet hatten. Es fand zuerst die Wahl eines jüngsten Vorstandsmitgliedes statt. Gewählt wurde die Kollegin Marie Bauche; einen weiteren Vertrauensposten erhielt die Kollegin Elise Braun. Später fand eine von über 100 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung statt. An Stelle des verhinderten ersten Bezirksleiters Jahrenbrach hielt der zweite Bezirksleiter Blankenmühl einen Vortrag über „Arbeiterverbände und Gewerkschaften“. Stürmischer Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen. Nachdem noch einige Neuankömmlinge gemacht wurden, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Versammlung.

Dingelstadt (Eichsfeld). Unsere Ortsgruppe hielt am 15. März in Helmendorf eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung ab. Kollege Hollenbach sprach über den Nutzen und die Notwendigkeit des Verbandes. Mittelweile war auch der Sekretar Vollbracht erschienen. Dieser hielt dann einen lehrreichen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung. Hieran schloß sich eine rege Diskussion seitens unserer Mitglieder und der Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes. Herr Vollbracht kam sodann zum Schlußwort. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen.

Füssen. Unsere Versammlung vom 16. März war gut besucht. In unserer Freude war auch der Stadtkaplan, Herr Lang, anwesend. Kollege Geier sprach über die Textilarbeiterverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit. Zum Gaudium der Anwesenden brachte in der Diskussion ein Sozi allerlei Zeug zu Tage. Der Referent und auch der Herr Kaplan leuchteten diesen treffend heim. Wir hatten 11 Aufnahmen.

Wiesbaden (Eichsfeld). Am 17. März fand hier wieder eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher unser Bezirksvorsitzender Kollege Camps aus Wäpfer referierte. Nachdem dieser die Verhältnisse am Ort besprochen, erläuterte er einige Bestimmungen des Statuts. Dann wurden die Aufgaben der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner erteilt. Bis jetzt waren die gesamten Geschäfte vom Kollegen Humperdt vom christl. Bauarbeiterverband erledigt. Das wählte nunmehr einen Vorstand und Vertrauensmänner aus der Mitte der Mitglieder. Hoffentlich hält die Einigkeit und Solidarität unter den Kolleginnen und Kollegen auch ferner an. Sämtliche Textilarbeiter von hier sind unsere Mitglieder. Mögen alle immer vollständig in den Versammlungen erscheinen, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben.

Halters. Am 12. März hatten wir Mitgliederversammlung. In derselben hielt der als Mitglied unserer Ortsgruppe angehörende Arbeitersekretar Bauer, Reddinghausen, einen längeren Vortrag über Zweck und Ziele der christlichen Arbeiterbewegung. An den beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion.

Sachsen. Die am Sonntag, den 15. März einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung erregte sich eines außerordentlich guten Besuchs. An Stelle der erwarteten Referentin Frä. Braun sprach Gewerkschaftssekretar Geier-Augsburg über: „Der Aufschwung der Fabrikarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterlöhne und der Frauenarbeit.“ In der Diskussion sprachen Kollege Bedler, Herr Rege, Herr Professor Kuppke und Redaktor Strins. Herr Rege als Vorsitzender des „freien“ Gewerkschaftsverbandes betonte die Charakter der „freien“ als sozial progressiv, wurde aber dabei vom

Herrn Herrn Kuppke, der im übrigen den vorigen sachlichen Ton des Referats anerkannte, glänzend abgelehrt. In einem Schlußwort nahm Kollege Geier zu den gemachten Einwendungen Stellung. Nachdem noch einige Aufnahmen gemacht waren, hatte die sehr anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Lahr. Am 8. März hielt unsere Ortsgruppe die erste öffentliche Versammlung in Rulbach im Gasthaus „zum Lamm“ ab, welche gut besucht war. Als Referent war Kollege Geier aus Maulburg erschienen. Er behandelte das Thema: „Die Lage der Textilarbeiter in Baden und wie kann dieselbe verbessert werden.“ Kollege Geier verhandelt es, ein klares Bild über die Verhältnisse der Textilarbeiter vor 50 Jahren bis zur heutigen Zeit den Zuhörern vorzuführen und erzielte am Schluß seines sehr lehrreichen Referats lebhaften Beifall.

Lambrecht (Pfalz). Unsere am 15. März abgehaltene Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Die Tagesordnung lautete: 1) Besprechung über das Kartell der christl. Gewerkschaften für Lambrecht und Umgebung, 2) Wahl der Kartelldelegierten, 3) Einiges über Invaldität, 4) Verschiedenes. Kollege Lay besprach die Statuten des neugegründeten Kartells. Als Kartelldelegierte gingen aus der Wahl hervor die Kollegen Jakob Lay, August Schäfer, Friedrich Streb und Johannes Niedreich Lindenberg. Kollege Lay sprach über das Invalditätsgesetz. Unter Punkt Verschiedenes wurden die Mängel in den hiesigen Fabriken besprochen.

Landeshut i. Schl. Unsere am 18. März stattgefundene Mitgliederversammlung war zahlreich besucht. Kollege Süper vom Aemmerarbeiterverband hielt einen Vortrag. An der Hand der statistischen Zusammenstellung des Reichsarbeitsblattes zeigte Redner, welche Erfolge für die Arbeiter durch die Gewerkschaften im letzten Jahrfrakt errungen worden sind, andererseits aber auch die Hindernisse, welche den christlichen Gewerkschaften in ihrem Streben, den Arbeiterstand als in jeder Beziehung gleichberechtigt in die bestehende Gesellschaftsordnung einzuführen, entgegengestellt werden. Reicher Beifall folgte seinen Ausführungen. Sodann betonte Kollege Jungnickel den Wert der statistischen Erhebungen und empfahl dringend die Einführung der Lohnnotierungsbüchlein. Das zur Probe vorliegende Lohnbüchlein, sowie der Artikel über dieselben in Nr. 9 unserer Fachzeitung wurden eingehend besprochen und der Vorstand beauftragt, die als notwendig erkannten Änderungen resp. Ergänzungen beim Bezirksvorsitzenden zu beantragen. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt, sowie einige Aufnahmen vollzogen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Ochtrup. Unsere am 15. März stattgehabte Generalversammlung war gut besucht. Unser Kassierer, Kollege Süper, gab Bericht seit Bestehen der Ortsgruppe bis zum 1. Januar 1908. Es wurde die Anschaffung einer Bibliothek von allen Kollegen gewünscht und auch beschlossen. Kollege Brade-Epe hielt einen Vortrag über das Krankenversicherungsgesetz.

Rheine. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche so gerne unsere Versammlungen schwängen, haben sich selbst um einen guten und lehrreichen Vortrag gebracht, den uns Kollege Hentler in der letzten Versammlung gehalten hat. Eingehend zeigte er den Mitgliedern, was für sie erreicht sei, aber auch wieviel noch erreicht werden müsse, und daß es dazu der ganzen Kraft und Fähigkeit jedes einzelnen bedürfe. Deshalb solle jeder Kollege dahin streben, ein lebendiges Mitglied unserer Bewegung zu sein, denn nur so könne man zum Ziele kommen. Wie bekannt ist, soll nächstes Mal wieder ein Vortrag stattfinden; ich möchte die nicht dagewesenen Kollegen, besonders aber die Kolleginnen ersuchen, doch einmal ihre Schlafmütze abzulegen und die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen.

Stadtlöh. Auf unserer letzten Mitgliederversammlung vom 22. März erläuterte zunächst unser Kassierer Kollege Himmelberg die Sitzungen betr. Krankenunterstützung. Alsdann sprach Kollege Lenzing-Wohlfahrt über die wirtschaftliche Krise. Redner zeigte im ersten Teil des Vortrages die Hauptursachen des wirtschaftlichen Niederganges. Im zweiten Teile behandelte er die zweckmäßigste Haltung der organisierten Arbeiterbewegung während einer solchen Periode. Den Ausführungen des Redners wurde lebhafter Beifall gespendet.

Aus unserer Industrie.

Das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt in seiner letzten Nummer über den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Februar folgendes:

In der schlesischen Baumwollenspinweberei, Ausrichtung und Weberei baumwollener Gewebe durch Fleische, Druckerei, Färberei und Appretur zeigte sich gleichfalls eine weitere Verschlechterung. Die Rundschiff suchte frühere Abschlässe zu annullieren. Der Grund dürfte nach dem Bericht im wesentlichen in der übermäßigen Eindeckung zur Zeit der Hochkonjunktur und in den ungunstigen Witterungsverhältnissen zu Beginn des Winters liegen. Die vorhandenen Arbeitskräfte reichten aus.

In der schlesischen Seidenfabrikation zeigte sich, was Landeshut betrifft, eine weitere Verschlechterung, während an anderen Orten noch ein günstiger Geschäftsgang herrschte.

In der schlesischen Tuchfabrikation war ein Anhalten der im Vormonat berichteten Verschlechterung im allgemeinen nicht festzustellen; in der Wollewarenfabrikation trat keine Änderung der normalen Lage ein.

Was die Krefelder Seidenindustrie betrifft, so trat in der Samtweberei und Seidenstoffweberei eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat ein, die in der Samtweberei vor allem auf die Uneinigkeit zwischen Großisten und Detailisten und auf das Fallen der Preise des Rohmaterials zurückzuführen wird.

In der württembergischen Spinnerei- und Spitzenindustrie sind den vorliegenden Berichten zufolge die Verhältnisse im wesentlichen dieselben wie im Vormonat geblieben.

Ein Rückgang des Geschäftsganges, der eine teilweise Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge hatte, zeigte sich in der württembergischen Textilfabrikation.

Die Färbereien und Appreturanstalten waren nach der Mehrzahl der Berichte im allgemeinen wenig befriedigend beschäftigt. Dasselbe gilt insbesondere für die elbsächsischen Druckereien. Die elbsächsische Baumwollspinnerei war immer noch mäßig beschäftigt; die württembergische

und hayerische Baumwollspinnerei hatte dagegen immer noch gut zu tun, wenn auch besonders in Bayern ein merkliches Abflauen nicht zu verkennen war.

In der hannoverschen Baumwollspinnerei war der Absatz von Garnen aus alten Aufträgen noch umfangreich genug, um die volle Produktion in Anspruch zu nehmen. Neue Aufträge kamen nur in geringem Maße herein.

In der schlesischen Baumwollspinnerei und Zwirneri, Garnfärberei und Bleiche war der Geschäftsgang wenig befriedigend; gegen den Vormonat fand eine Verschlechterung statt, die Anforderungen ließen merklich nach, hörten teilweise sogar auf.

Die sächsische Wigognespinnerei hatte, da sowohl vom Inland als auch vom Ausland die Aufträge der die Garne weiter verarbeitenden Industrien fehlten, nur ungenügend Arbeit.

Die Rosthaarpinnerei war nicht ganz befriedigend beschäftigt, so daß teilweise Verkürzungen der Arbeitszeit stattfanden.

Die schlechte Lage der Kammgarnspinnerei hielt auch im Berichtsmonat an. Dagegen hatten die Garnspinnereien und Wundfadenfabriken im allgemeinen viel Arbeit.

Die rheinisch-westfälischen Baumwollwebereien waren wie im Vormonat mit Arbeit ungenügend besetzt. Die Kaufkraft der Kundenschaft war so schwach, daß viele Fabriken gezwungen waren, ihren Betrieb durch Arbeitszeitverkürzung wesentlich einzuschränken.

**Gewerkschaftliches.**

**Aus unseren Verbänden.**

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands hat im Jahre 1907 an innerer Festigung bedeutend gewonnen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen im Jahre 1907 428.665,11 Mark, die Gesamtausgaben 243.910,09 M. Den Hauptanteil der Ausgaben, 113.045,56 M., verschlang die Durchführung von Lohnkämpfen und die Unterstützung von gemäßigten Mitgliedern. Für Bildungszwecke (Organ, Bibliotheken) wurden 19.129,52 Mark verausgabt. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands ist die einzige deutsche Holzarbeiterorganisation, welche im Jahre 1907, trotz mancher ungünstig einwirkenden Verhältnisse, eine nennenswerte Mitgliederzunahme zu verzeichnen hatte. Zur besseren Durchführung seiner Aufgaben unterhält der Verband in München, Stuttgart, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Bochum, Hannover, Berlin und Danzig Bezirks-Sekretariate. Zahlstellen und Vertrauensmannschaften bestehen in über 430 deutschen Städten. Seine fünfte ordentliche Generalversammlung hält der Verband in den Tagen vom 28. Juni bis 1. Juli d. J. in München ab, wo die Wägen des Verbandes stand. Auf Anregung der im Jahre 1898 gegründeten dortigen Schreibereisektion des Vereins Arbeiterchutz, wurde auf dem 1. Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Mainz 1899 genannter Verband als Zentralorganisation aus 9 örtlichen Vereinigungen gebildet. Bis zum Jahre 1903 befand sich auch die Zentralfstelle des Verbandes in München. — Die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie nahmen am 25. März in Leipzig ihren Anfang. Neben den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen (Zentralvorstände und örtliche Delegierte), tagt gleichzeitig eine Kommission von nicht direkt an der diesjährigen Tarifbewegung Beteiligten unter dem Vorsitz des ehemaligen Handelsministers v. Berlepsch, welche eine Regelung der Arbeitszeit für alle in Betracht kommenden Städte vornimmt. Diese Kommission ist auch befugt, Schiedssprüche zu fällen, die für beide Parteien verbindlich sind. Die Tarifverhandlungen erstreckten sich auf 27 Städte.

**Christlich-nationale Arbeiterbewegung.** Die kirchlich-soziale Arbeit ist stets liebesarbeit. Das Wort „Liebe“ darf nur nicht in der Verengung des Begriffs gebraucht werden, die schon zur Zeit Jesu eintrat, als der Sprachgebrauch „Liebe“ und „Menschen“ gleichete. Die Liebesarbeit, die die Christenheit an der christlichen Welt in der Gegenwart zu tun hat, ist weit umfassender als Almosenpflege, ist Evangelisation, pflegende Mission und Einwirkung auf öffentliche Leben.

Diese Einwirkung auf das öffentliche Leben, genauer gesagt: auf die Volksseele, ist einmal die Pflege des Gerechtigkeitssinns, der auch dem Schwächsten zu gute kommt, sodann aber Pflege der Organisation.

Der Staat hat „von oben“ als Hort der Schwachen zu handeln. Das ist der sozial-konfessionelle Gedanke. Nicht weniger wichtig ist aber auch, daß das Christentum in seiner gemeinschaftbildenden Kraft auch die wirtschaftlichen Gemeinschaften der Menschen zu durchdringen hat.

Ein schwaches Christentum kann dadurch allerdings „herabgezerrt“ werden in den Kampf der Interessen. Ein lebendiger Glaube kann gar nicht anders, als alle menschliche Leben, auch alles menschliche Zusammenleben, mit seinem Geist zu durchdringen.

Im Reichen der Organisation steht die Gegenwart. Es ist gerade das Charakteristikum derselben, daß überall die gemeinschaftbildenden Kräfte sich regen. Auch die stärkste Einzelpersonlichkeit wirkt nur durch das Eingehen in Gemeinschaftsbildungen. Im Bankwesen führt der Einzelbankier völlig aus; die Industrie steht im Zeichen der unpersonlichen Gesellschaft und des Zusammenflusses der Gesellschaften. Die Kartelle und Syndikate nehmen überhand. Wenn organisiert sich das Land im „Bunde der Landwirte“, in Raiffeisenorganisationen, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften.

Es ist ein seltsamer Gegensatz: Während viele Vertreter der Wissenschaften und der Kunst einen vorstehenden Individualismus pflegen, der z. B. die Bedeutung der Kirche und des Religionsunterrichts in allen Schulen nicht mehr zu verstehen vermag, tritt im realen Leben der Trieb nach festen Gemeinschaftsbildungen mit einer Lebendigkeit zu Tage, wie in keiner früheren Periode. Wir können geradezu voraussagen, daß der Aufbau unseres ganzen Staatslebens in wenig Jahrzehnten durch diese wirtschaftlichen Gemeinschaftsbildungen halbstaatlichen Charakters wesentlich bestimmt sein wird und auch die Volksvertretung sich auf berufstätiger Grundlage aufbauen wird.

Die freie Persönlichkeit wird vielfach gekemmt durch die Rücksichten, die ein Arbeiter in der Organisation gebietet. Organisationen zeitigen keine Gelben und Charakteristiken eher ein Grauen als ein Helbenkaiser. Auch wird das Gewissen seiner, wenn der

Einzelne die ganze Verantwortung für sein Tun zu tragen hat, als wenn alles auf Köpftum und Willkür beruht.

Aber der starke Drang der Organisation ist doch, besonders nach der vorangegangenen Zeit liberaler Desorganisation, ein hoffnungsvoll stimmendes Zeichen der Zeit. Organisation steht der Selbstsucht entgegen. Die Kräfte der Gemeinschaft zu entfalten ist nicht mehr berufen, als das Christentum. Wo man das Individuum auf den Thron erhebt, ist ein Verständnis des Christentums, dessen höchstes Gut das Reich Gottes ist, nicht möglich. Wo aber der Mensch als lebendiger Teil eines großen Ganzen empfunden wird, versteht man auch leichter die Vererbtheit der Menschheit in Adam und ihre Erlösung in Christo, dem Haupt der erlösten Schar.

Die stärkste gemeinschaftsbildende Macht ist die christliche Kirche. Allein in Deutschland strömt alljährlich an mehr als 30.000 Orten die Christenheit zusammen, Christus zu preisen. Solche gemeinschaftsbildende Kraft hat keine politische Partei auch nur ein Jahr lang.

Allerdings zeigt sich die Kraft der christlichen Kirche neuen Erscheinungen gegenüber oft erst langsam. Wir müssen schwere Verhältnisse nach der Kirche gegenüber ihrer sozialen Aufgabe beklagen. Aber von Jahr zu Jahr mehr erkennt die Christenheit ihre Aufgabe gegenüber der sozialen Bewegung: sie muß unerschrocken Zeugnis ablegen, Widergöttliches durch die Kraft des Geistes zu strafen, und sie muß unermüdblich Liebesmut haben, das Gute durch die Kraft des Geistes zu fördern und zu kräftigen.

Zwei Männer waren es, die die Aufgabe der Kirche gegenüber der sozialen Not erkannten: Auf evangelischer Seite Johann Hinrich Wichern, auf katholischer Seite der Bischof von Ketteler.

Bunächst erkannte Johann Hinrich Wichern (1808—1881), daß die neue Zeit neue Aufgaben stelle. In seiner „Denkschrift“ schilberte er 1849 die neuen Aufgaben der Inneren Mission. Insbesondere wies er auf ein großes Arbeitsfeld, das aber noch neu und darum unbesetzt war: auf die Gegenwart gegen die Revolution. Er erklärte: „Die Inneren Mission wird namentlich darauf hinarbeiten müssen, daß der Christ sich von der Pflicht des politischen Lebens nicht zurückziehen darf; daß auch hier die Pflicht sich erhebt; daß es auch hier den Streit für den Herrn gilt.“ Er fordert, daß die Gemeindeglieder sich wirklich betätigen lernen und daß ihr Geist den kirchlichen Mitarbeitern sich ausbreite, daß das Bewußtsein der Verpflichtung dadurch sich immer mehr Raum vergrößere.“

So entstanden schon in den 50er Jahren evangelische Arbeitervereine, allerdings nur in Bayern. Nach den Münchener Satzungen sind sie Vereine, welche „auf Grund des evangelischen Bekenntnisses unter ihren Mitgliedern christliche Sitte und Bildung pflegen und sie anleiten zu christlichem Wandel, zur Vaterlandsliebe und zur Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung ihres Berufes. Die Vereine sind allmächtig auf etwa 70 angewachsen, aber erst neuerdings haben sie die „besonnene Vertretung sittlich-sozialer Arbeiterinteressen“ in ihr Programm aufgenommen.

Und die Anstellung zweier evangelischer Arbeitersekretäre in Bayern und in Württemberg zum 1. April, die der Anstellung eines badiischen Arbeitersekretärs vom 1. Februar folgt, läßt ein gutes Vorangehen in Süddeutschland erhoffen.

Reinhard Mumm.

**Verband deutscher Buchdrucker contra Gutenbergbund.** Schwere Kämpfe vollziehen sich zurzeit zwischen den beiden genannten Buchdruckerorganisationen, von denen die erste den freien, die letztere dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angehört. Mit welchen unlauteren und unwahren Mitteln die Gegner des Gutenbergbundes kämpfen, beweist eine Notiz im „Vorwärts“ vom 12. März, welche schon von einer „Aufsicht“ des Gutenbergbundes berichtet. Am 4. März ließ der sozialdemokratische Verband von übergetretenen Gutenbergbündlern ein Flugblatt unterzeichnen, in welchem Übertrittsvergütigungen zum sozialdemokratischen Verband für die Gutenbergbündler bekannt gegeben werden, und ferner vom Gutenbergbund und den christlichen Gewerkschaften als einer verknüpften, religiösen Sekte“ die Rede ist. Wörtlich heißt es im Flugblatt:

„Als Arbeiter haben wir einer freien, modernen Gewerkschaft anzugehören und nicht einer verknüpften, religiösen Sekte, und eine solche ist der Gutenbergbund durch seinen Eintritt in die christlichen Gewerkschaften geworden, die unter dem Zeichen für „Gottesfurcht, Duldsamkeit und Bescheidenheit“ Euer wirtschaftliches Fortkommen zu unterbinden suchen. Der Verband der deutschen Buchdrucker ist die alleinige Organisation im Buchdruckergewerbe, der nicht allein für die Freiheit des Geistes seiner Mitglieder eintritt, sondern seit seinem mehr denn vierzigjährigen Bestehen befreit ist, die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen seiner Mitglieder mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen.“

Da der Gutenbergbund und mit ihm die christlichen Gewerkschaften den Monopol-Tarifparagrafen, der dem sozialdemokratischen Verbands die Allein herrschaft im deutschen Buchdruckergewerbe sicherte, zu Fall gebracht haben, spielt der sozialdemokratische Verband aus agitatorischen Gründen jetzt keinen letzten Trumpf gegen den Bund aus, um den Gutenbergbund so zu schwächen, daß er später als eine für die deutsche Buchdrucker-Tarifgemeinschaft wichtig erscheinende Organisation nicht mehr in Betracht kommen soll. — In Wirklichkeit ist aber die Absonderung vom Gutenbergbund gar nicht von Belang. Sie wird durch den Beitritt von christlichen Buchdruckern hinlänglich wieder wett gemacht. So nahm der Bund im Jahre 1907 noch um 105 Mitglieder zu. Durch ein Gesamtvermögen von 400.000 Mark werden die Rechte der Mitglieder besser garantiert als im sozialdemokratischen Buchdruckerverband. Das Bestreben aller christlichen Arbeiter muß deshalb dahin gehen, die christlich-geistlichen Buchdrucker dem Gutenbergbunde zuzuführen. Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Gutenbergbundes Berlin S 42, Jakobikirchstr. 5 und das Sekretariat Köln, Palmstr. 14.

**Der Jahresbericht des Herrn Gewerbeinspektors Rick in Metz** hatte eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften enthalten, die durch den Reichstagsabgeordneten Kollegen Giesberts in der Sitzung des Reichstags vom 3. März eine eingehende öffentliche Durchsicht erfuhren. Giesberts nahm bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern als erster Redner das Wort und führte bei dieser Gelegenheit u. a. aus:

„Es sind jetzt 30 Jahre her, daß die Gewerbeinspektoren eingeführt sind. Man kann wohl sagen, daß die Gewerbeinspektionen sich im allgemeinen das Vertrauen der Arbeiter erworben haben, wobei es allerdings sehr viel auf die Persönlichkeit des betreffenden Gewerbeinspektors ankommt. Ich glaube aber, daß nunmehr endlich die Zeit gekommen ist, einen Fortschritt auf diesem Gebiete nach der Richtung hin zu machen, daß von Reichswegen bestimmt wird, daß zu den Ämternstellen der Gewerbeinspektion befähigte Leute aus dem Arbeiterstande ohne weiteres zugelassen werden können und müssen.“

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch mit einigen Worten auf den Bericht des Gewerbeinspektors von Lothringen eingehen. Man wird es verstehen, wenn ein Gewerbeinspektor teilweise das Bedürfnis empfindet, an der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Kritik zu üben. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist kein Blümchen, „Rühr mich nicht an“, und gegen eine sachliche und objektive Kritik wird auch niemand etwas einzuwenden haben. Das soll man aber dazu sagen, wenn der Gewerbeinspektor für Lothringen in seinen Berichten auspricht, daß hinter der Gewerkschaftsbewegung nicht bloß gewerkschaftliche, sondern auch parteipolitische Tendenzen ständen, wenn er weiter behauptet, sie seien nicht die Organe zur Vermittlung des Friedens zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, und wenn er endlich sogar wörtlich schreibt:

„Die christlichen Gewerkschaften arbeiten mit denselben Mitteln wie die Sozialdemokraten, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß sie das Wörtchen „christlich“ gebrauchen und dadurch mit ihrem verfluchten Helfershelfern besser auf die Leute und namentlich auf die Weiber einwirken können.“

Das ist denn doch der hahnheuchlerische Unsinn, den ich je im Leben gelesen habe. Schon die Anwendung des Wortes „Weiber“ auf die Frauen, die in einem schweren Lohnkampfe ihren Männern treu zur Seite gestanden haben, ist eine Beleidigung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. Anstatt solche unabweisbaren und unabweisbaren Vorwürfe zu erheben, sollte der Gewerbeinspektor von Elsaß-Lothringen sich lieber Mühe geben, hinter seinen Kollegen in anderen Bundesstaaten bezüglich seiner Revisionstätigkeit nicht zu weit zurückzubleiben. Während in Deutschland im Durchschnittsjahr 1904 50 Prozent der Anlagen revidiert wurden, waren es in Elsaß-Lothringen nur 25,7 Prozent; während im Durchschnitt in Deutschland die Zahl der revidierten Arbeiter 80,3 Prozent betrug, waren es in Elsaß-Lothringen nur 58,3 Prozent. (Hört! Hört!) Und diese Zahlen haben sich im Jahre 1905 noch mehr zu ungunsten Elsaß-Lothringens verschlechtert. Ich glaube in der Tat, es wäre der Gewerbeinspektion von Elsaß-Lothringen anzuraten, sich etwas mehr um diese Revisionstätigkeit zu kümmern, als derartige beleidigenden beweislosen Behauptungen aufzustellen.

Ergreiflicherweise sind die Berichte, wie die des lothringischen Gewerbeinspektors, eine Ausnahme. In anderen Berichten wird die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften rückhaltlos anerkannt. Redner verliest dann eine Stelle aus den Berichten der Gewerbeinspektoren von Württemberg, Sachsen, Weimar und Hessen. Ich glaube, daß das genügen wird, um vor allem die Regierung von Elsaß-Lothringen zum Bewußtsein zu bringen, daß der Gewerbeinspektor besser tate, derartige Anklagen aus seinen Berichten herauszulassen.

**Zur Reform der Arbeiterversicherung** nahm eine vom Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Köln einberufene Versammlung Stellung. Nach einem Vortrage des Volksbureauvorstehers Diedr. (Madbach) und einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige, im großen Saale des katholischen Gesellenhauses zu Köln tagende, zahlreich besuchte Versammlung christlicher Arbeiter stimmt den Ausführungen des Referenten betr. die Reform der Arbeiterversicherung zu und erklärt demgemäß:

1. Die Krankenversicherungspflicht ist auf alle Personen auszudehnen, die der Invalidenversicherung zwangsweise unterstellt sind, vor allem aber auf die Diensthöfen, die Arbeiter und Angestellten in Privatdiensten, die Heimarbeiter sowie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. 2. Zur Vereinfachung der Kassenverwaltung und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kassen ist eine Zentralisation zu schaffen. Diefelbe kann in der Weise erfolgen, daß für einen Bezirk etwa von der Größe einer preussischen unteren Verwaltungsbehörde nur eine Krankenkasse besteht; je nach Bedürfnis mit mehreren Zahlstellen. Insbesondere müßten die Gemeindefrankenversicherung, die Betriebs- und Innungskrankenkassen in die Zentralisation einbezogen werden. 3. Die Verwaltung der Zentralkrankenkassen muß als örtliche Ausführungsorgane für die übrigen Versicherungsorgane ins Auge gefaßt werden; 4. die bisherige bewährte Verwaltungsorganisation der Krankenversicherung muß beibehalten werden; 5. eine Neugefaltung ist erforderlich bei dem Streitverfahren in der Krankenversicherung, da die Aufsichtsbehörden im allgemeinen sich als richterliche Instanz nicht bewährt haben und die Prozedur häufig bei den ordentlichen Gerichten dem Grundgedanken der Sozialgesetzgebung nicht entspricht. Es sind daher bei den Zentralkrankenkassen paritätische Schlichtungskommissionen einzusetzen, gegen deren Entscheidungen die Vermittlung beim Schlichtungsamt und die Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig sind.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird beantragt: 1. Mitbeteiligung von Arbeitervertretern bei der Entschädigungsfeststellung; 2. Uebertragung der örtlichen Geschäfte der Unfallversicherung auf die Zentralkrankenkasse; 3. Erweiterung der Familienunterstützung bei Krankheitsbehandlung; 4. gefühlvolle Beschränkung des Rechtes hinsichtlich der Herabsetzung und Entziehung rechtskräftig festgestellter Unfallrenten. Die Versammlung protestiert gegen das seit einigen Jahren bestehende System: die Unfallentschädigungen möglichst niedrig zu halten und zu Bedürftigkeitsunterstützungen herabzudrücken, sowie bei nicht sehr erheblichen Körperbeschädigungen (z. B. Fingerverlusten), eine wesentliche Erwerbsbeschränkung zu verneinen und jede Entschädigung abzulehnen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

**Einblick in die Invalidenversicherung** behält die Versammlung Einpruch gegen die von der Reichsregierung veranlaßte strenge Auslegung des Begriffs: „Erwerbsunfähigkeit“ und verlangt vollständige Prüfung sowie billige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Versicherten, wenn dies auch eine Beitragserhöhung zur Folge haben sollte. Die Versammlung verlangt bei einer Reform des Invalidenversicherungsgesetzes, daß: 1. die örtlichen Geschäfte der Zentralkrankenkasse übertragen werden; 2. die Einführung von Zuschüssen bei völliger Arbeitsunfähigkeit, sowie für den Fall, daß Angehörige zu unterstützen sind, ins Auge gefaßt wird; 3. eine Zuschußversicherung mit Sparkasteneigenchaft eingeführt wird.

Bezüglich der Vertreterwahlen fordert die Versammlung die Einführung der Verhältniswahl für die gesamte Arbeiterversicherung und fernerhin eine Vereinfachung des Wahlverfahrens bei den einzelnen Körperschaften.

**Aus gegnerischen Organisationen.**

Dem **„Schwarzen“** Wahlterrorismus gebührt die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Landtagswahlen anzuwenden. Das geht aus einem Geheimzettel der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands hervor, der dem evangelischen Wochenblatt die „Arbeit“ veröffentlicht wird und folgendermaßen zur Brutalisierung der Geschäftsleute auffordert:

Was aber die öffentliche Stimmabgabe bei den Landtagswahlen anbelangt, an welcher Regierung und reaktionäre Parteien zähe festhalten, und die wackelklappe Freiheit nur sehr schwach bekämpft, muß sich Frauen zu einer Waffe werden, die bei richtigem Gebrauch gegen das Wahlrechtsreform feindliche Kleinbürgertum mit Erfolg benutzen können. Sie wird uns dazu dienen, eine scharfe Kontrolle über die Stimmabgabe der Milchhändler, Krämer, Bäcker, Fleischer, Kohlen-, Holz- und Getreidehändler usw. auszuüben. All die betreffenden Geschäfte existieren meist nur dank der Arbeiterkundschaft. Stimmen ihre Inhaber gegen uns, d. h. nicht für Sozialdemokraten, so beweisen sie damit, daß sie bemüht sind, sich Bourgeoischmuck zu erobern. Nicht nur eine Frau muß bei einem Händler nach seinem politischen Glaubensbekenntnis forschen, sondern eine größere Anzahl Frauen soll tun, damit dem Manne bange wird vor den vielen Kunden, die ihm abtrünnig werden könnten. Kurz, sie (die Frauen) müssen auf die betreffenden Kreise einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist. Die Tagespresse muß uns dabei zur Seite stehen. In jeder öffentlichen Versammlung muß diesem Terrorismus das Wort geredet werden.

Auch in einer sozialdemokratischen Konferenz in Berlin und anderswo sind dem Sinne nach ähnliche Aufforderungen ergangen. Wie angesichts solchen Terrorismus die Sozialdemokratie noch die Stirn haben kann, über Wahlbeeinträchtigungen von Seiten der Regierung oder der bürgerlichen Parteien zu jammern, ist für jeden normalen Menschen unverständlich.

**„Gelbe“ und „rote“ Gewerkschaften Hand in Hand.**

Sehr viel ist in der letzten Zeit über die gelben Gewerkschaften geredet und geschrieben worden. Überall versuchen auch bei uns in Deutschland die Fabrikanten, die ihre Stellung im Geiste der Herren Bued und Kirdorf auffassen, möglichst viele ihrer Arbeiter für eine solche Streikbrecherorganisation zu gewinnen. Als Erlatz erhalten die auf das Revolutionsrecht verzichtenden Arbeiter die „Wohltaten“ ihres Arbeitgebers. Wer dann auf dem Werk besonders rühmig für die gelbe Sache eintritt, hat vielleicht Aussicht, ein Böhchen zu bekommen oder doch sonst sich zu „verbessern“. Dank dieser Umstände haben die christlich organisierten Arbeiter die „gelbe“ Gefahr immerhin als eine solche erkannt, und so werden denn die „Gelben“ von der christlichen Arbeiterbewegung rundweg abgelehnt und entschieden bekämpft. Mit „gelben“ Gewerkschaften wollen wir keine Gemeinschaft haben, so schrieb das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, und so lauteten auch die Resolutionen, die auf den Delegiertentagen von unseren konfessionellen Arbeitervereinen angenommen wurden.

Interessant ist nun aber die Entwicklung der Gelben nach der „roten“ Seite hin. Oft genug ist von verdächtigen Männern vorausgesetzt, daß diese gelben Gelben nur die sozialdemokratische Bewegung begünstigen, und schon jetzt zeigt sich, wie recht man mit der Behauptung hatte. Ein schönes Beispiel bietet ein Versammlungsbericht in Nr. 10 der „Gewerkschaftsstimme“ (Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbandes). Es wird dort aus Ingolstadt über eine von den Sozialdemokraten einberufene öffentliche Militärarbeiter-Versammlung berichtet, die am 22. Februar dort stattfand. Danach waren außer vielen christlichen Arbeitern auch 50 bis 60 „Gelbe“ anwesend. Außer dem sozialdemokratischen Abg. Köpflinger (München) redete auch der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Kurth (München) und sagte derselbe laut Bericht, „eine Konferenz zwischen den Vertretern des gelben bayerischen Militärarbeiterverbandes und den Führern der sozialdemokratischen Gewerkschaften habe vor acht Tagen in München einstimmig beschlossen, in der nächsten Zeit die Verschmelzung der gelben und roten Militärarbeiter-Organisationen durchzuführen.“ Von den christlichen Rednern wurde die Ausführung gründlich festgenagelt. Eine von ihnen eingebrachte Resolution brachten die Versammlungsleiter nicht zur Abstimmung. Dagegen wurde eine sozialistische Resolution angenommen und — „um das rote gelbe Bündnis gleich in der Praxis zu zeigen, stimmten die anwesenden „Gelben“ geschlossen für die Resolution.“

Also doch: die gelben Gewerkschaften sind Vorkämpfer der Sozialdemokratie.

Manchem wird eine solche Entwicklung der „Gelben“ freilich etwas plötzlich vorkommen, aber es ist wirklich nicht zu verwundern, daß sie so prinzipienlos „erzogenen“ Menschen aus einem Erzen ins andere fallen.

**Aus Unternehmertreffen.**

Auf die bedeutend zunehmende Verbreitung, welche die Streikklausel in den großindustriellen und großgewerblichen Lieferungsverträgen findet, wird in dem soeben erschienenen Jahresbericht der Berliner Handelskammer für 1907 hingewiesen. Nicht ohne Befriedigung wird dabei hervorgehoben, daß, wie einerseits die Unternehmer bereits durch die Arbeitgeber-Organisationen eine wesentliche Stärkung ihrer Position gegenüber den Arbeitern erreicht haben, so

**Wäschereien, Töpferei und Seidenweberei:** letztere am einem der alten Webstühle, die voraussichtlich in nächster Zeit der Bergamtheit angehören werden.

Die lokale Anordnung der Ausstellung, Beschaffung des Mobiliars und Aufstellung der Gegenstände erfolgt unter Leitung eines Herrn Schreiner.

Die Ausstellung soll während der Monate April und Mai von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet sein. Der Eintritt ist auf 25 Pfg. festgesetzt, außerdem werden Karten für Arbeiter und ihre Familien durch die Gewerkschaften zu 15 Pfg. ausgegeben.

Der für die Finanzierung eingesetzte Ausschuss unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrat E. Labenhard hat die Einnahmen auf etwa 25.000 bemessen. Es befinden sich dabei ein fester Beitrag der Stadt Frankfurt von 15.000, Offenbach 2000, sowie kleinere Beiträge von Darmstadt, Hanau und Worms. Die Entschädigung der Mainzer Stadtverwaltung steht noch aus. Das Hochlicht, sowie die Polytchnische Gesellschaft spendierten je 500. Das Ausstellungslokal und sonstige Vergünstigungen gewährt die Stadt, die Installation der elektrischen Beleuchtung erfolgt kostenlos durch die A. E. G., mehrere hiesige Firmen spendeten Material und Mobiliar.

Die Ausgaben wurden im Budget auf 22.000 bemessen, nämlich 15.000 für Bureaukosten, 3.200 für wissenschaftliche Arbeiten und Fachkommissionen und 3.800 für die eigentliche Ausstellung. Die Gesamtsumme wird voraussichtlich nicht überschritten werden. Zur Deckung des festgesetzten Betrages wurde ein Garantiefonds gebildet, welcher bis jetzt etwas über 50.000 aufweist.

**Aus dem Verbandsgebiete.**

**Lohnbewegungen und Arbeitsverhältnisse.**

**Isdenbüren.** Die Firma Swering hat sich nicht bewegen lassen, die Kündigung für die vier Arbeiter zurückzunehmen. Schonungslos sind alte, langjährige Arbeiter aufs Pfahler gesetzt. Eigenartige Gedanken müssen unter solchen Verhältnissen bei der gesamten Arbeiterchaft aufsteigen. Mag aber die Firma nur gar nicht glauben, daß die öffentliche Meinung ihr Verhalten billigt. Im Gegenteil! Recht derbe Ausdrücke sind schon gefallen. Die Solidarität der Arbeiter wird aber verhindern, daß neue Arbeiter bei der Firma in Arbeit treten. Die Firma hat gesagt, sie wolle nach und nach nur fremde Arbeiter einstellen.

**Arbeiter allerwärts: Hebt Solidarität und weidet die Firma Swering in Isdenbüren.**

**Lampertsmühle (Pfalz).** „Es kommt selten etwas Besseres“. Das dies Wort in den meisten Fällen sich bewährt, mußten leider auch unsere Kollegen in der letzten Zeit zur Genüge erfahren. Vor etwa 1 1/2 Jahren hielt Herr N., von Augsburg kommend, seinen Einzug als Obermeister auf der Lampertsmühle. Das erste, was diesem Herrn im Augen lag, war der hohe Lohn der Schlichter. Nachschick gab es vor etwa 8-10 Jahren in diesem Betriebe Schlichter, die am Lohnzahlungstage 75-80 Mk. mit nach Hause nahmen. Dafür hatten sie aber durch Ueberstunden in 12 Tagen 15-18 Schichten zusammengebracht. Dagegen mußten wir aber erleben, daß dieselben Schlichter einige Jahre später mit 15-18 Mk. pro 14 Tage manchnmal sich begnügen mußten. Wenn man heute die Verhältnisse etwas besser sind (unmöglicherweise ist der Lohn gegen früher noch um 30% reduziert), so sind wir dafür Herrn N. seinen Dank schuldig.

Auch die Weber verdienen ihm zuviel. Dies beklagte er am 4. März letzten in Gegenwart eines Arbeiters mit folgenden Worten: „Die hiesigen Leute sind zu unzufrieden. Bei uns verdienen die Webereien höchstens 1.60 Mk., hier sind sie mit 3.60 Mk. nicht zufrieden.“ Wie nun Herr N. auf 3.60 Mk. zu sprechen kommt, nachdem statistisch nachgewiesen werden kann, daß unsere Weber kaum 2.60 Mk. verdienen, das versteht wer will.

Im vorigen Sommer wurde einem Kollegen genehmigt mit der Begründung, er hätte in Betriebe agitiert. Als der betreffende Kollege für diese Behauptung Beweise verlangte, gab man ihm zur Antwort: „Das habe ich nicht nötig!“

Als ferner am 20. Dez. unser erster Vorsitzender in einem andern Betriebe gemagtregelt wurde, war es am 21. Dez. ein guter Freund dieses Herrn, der, inzwischen zum Revierbeamten avanciert, unserem zweiten Vorsitzenden erklärte: „Im allgemeinen heißt es, jetzt kommt da an die Reihe“. Und wirklich, am 21. März wurde diesem Kollegen mit einem Vertrauensmann unseres Verbandes gemeinsam genehmigt, weil sie sich weigerten, 3 Stühle zu bedienen.

Allerdings hat man auch dieser Herr wieder seine „Leuten“, die verständigt werden. Das sind vor allem die Mitglieder des Turnvereins, dem Herr N. die Ehre hat, als zweiter Vorsitzender vorzusitzen.

Daß Arbeiterinnen auf bessere Posten versetzt werden, gehört nicht zu den Seltenheiten. Aber auch hier wird, wie bei den Mitgliedern des Turnvereins, weniger auf die Fähigkeiten geschaut. Sogar berufliche Gründe spielen mit.

Strenge Herren regieren in der Regel nicht lange, das mögen sich auf Lampertsmühle manchen Arbeiter, organisiert auch!

**Wietzen, Arbeiterinnen, wascht auf!** Recht eigenartig mutet es einem mitunter an, wenn man die Klagen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Fabriken hört. Wir haben wieder lange Zeit geschwungen, um die hier bestehenden Gegensätze zwischen den verschiedensten Arbeitgebern und ihren Belegschaften nicht noch mehr zu verschärfen. Besonders in den hiesigen Seidenwebereien ist heutzutage die Ungleichheit der Arbeiterinnen und Arbeiter eine große. Wenn verschiedene Arbeitgeber sich darüber wundern, dann mögen sie einmal kurz folgendes lesen und sich dann fragen, ob die betreffenden Arbeiter ein Recht haben, unzufrieden zu sein oder nicht.

Bei der Firma De Gochere und Rappers Klagen die dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter schon seit Jahren über höchstes Verdienst. Kein Wunder, daß der dortige Betrieb viel Reklamiertheit mit einem Firmenname hat und die Arbeiter nur so ein- und ausliegen. Die Einheimischen wollen auch zuweilen gar nicht dort arbeiten und die Firma ist ziemlich auf auswärtige Arbeiter angewiesen. Die Verdienste dieser Arbeiter schwanken zwischen 6, 8, 10, 12 und 14 Mark wöchentlich. Ja, es ist in der letzten Zeit vorgekommen, daß ein Familienvater mit seiner ganzen Familie auswärts herbeigeholt wurde, und

daß dieser Mann, der mit 5 seiner Familienangehörigen dort arbeitet, in einer Wohnung - leidet und kramet - noch keine 40 Mark insgesamt ausbezahlt erhielt. 6 Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft in den Dienst des Unternehmers und erhalten für die Arbeit einer ganzen Woche noch keine 40 Mk. insgesamt an Lohn. Ihr fremden Arbeiter und Arbeiterinnen, lernt daraus und meidet Wietzen. Wie es mit der Behandlung der Arbeiterinnen, ganz besonders der jugendlichen, dort aussieht, dafür folgendes Beispiel: Die dort beschäftigten auswärtigen Arbeiter traten an den Maschinen heran, damit er ihnen das Mittagessen aufwärmen möchte. Der Maschinist, der übrigens auf das „Angebot“ viel zu geben scheint, gab einer jugendlichen, noch nicht 17 Jahre alten Arbeiterin eine Antwort, die wir einfach nicht wiedergeben können. Hierauf legte sich der Sohn des Arbeitgebers, Herr Rappers jr. ins Mittel und empfahl dem Maschinisten ein „Fremdwort“, welches er, wenn die Arbeiterinnen noch einmal zu ihm kämen, nur anwenden sollte. Der Maschinist hat denn auch hiervon Gebrauch gemacht und den Arbeiterinnen eine Erklärung dieses Fremdwortes gegeben. Aus Anstandsgründen müssen wir darauf verzichten, die Erklärung hier wiederzugeben. Diese Schilderung des Vorganges wurde uns auf der Fabrikversammlung der betreffenden Firma öffentlich gegeben.

Sollte man es für möglich halten, daß es hier am Orte Angehörige gibt, welche in einer derartigen Weise jugendliche Arbeiterinnen behandeln? Wahrscheinlich bei solchen Zuständen braucht man sich über Verrohung der jugendlichen Arbeiterinnen nicht zu beklagen. Die Feder sträubt sich, alles niederzugeben, so mutet ein solches Gebahren an; aber unsere Pflicht ist es, derartige an die Öffentlichkeit zu bringen, damit solche Elemente, die ein sittliches Gefühl nicht zu kennen scheinen, gekennzeichnet werden.

Die Behandlung, die dort den Arbeitern zuteil wird, hat nun auch dazu beigetragen, die dortige Belegschaft aufzurütteln. Die größte Anzahl der dort Beschäftigten hat sich im Laufe der vorigen Woche der Organisation angeschlossen, hauptsächlich die noch herstellenden nicht mehr lange auf sich warten. Auch dem Indifferentesten mußte dieser Vorfall doch Veranlassung sein, sich sofort dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter anzuschließen.

Im Anschluß hieran möchten wir noch ein Wort an unsere Kolleginnen und Kollegen allerorts richten.

Bei denjenigen Firmen, wo die Behandlung der Arbeiter eine so menschenwürdige ist, herrscht gewöhnlich starker Mangel an Arbeitskraft. Es wird nun versucht, durch Inzerieren in den in- und ausländischen Zeitungen Arbeiter von auswärts heranzuziehen. Wir warnen hiermit alle fremden Kolleginnen und Kollegen, sich nach Wietzen anwerben zu lassen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Textilarbeiter sind hier am Orte zum Teil derart, daß wir jedem Verbandsmitglied anraten, sich zuerst bei dem Geschäftsführer unserer Ortsgruppe zu erkundigen, ehe es hier Arbeit annimmt. Die Geschäftsstelle unseres Verbandes befindet sich Hauptstraße 113.

**Aus unsern Bezirken.**

**Sachsen.**

**Bericht über die Agitation im Bielefeld vom 26. Januar bis 14. Februar.** Auf einer Konferenz in Schöpsheim wurde beschlossen, eine Anzahl Versammlungen im Bielefeld abzuhalten, um die evangelische Arbeiterchaft mehr als bisher für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen und sie von dem Sozialismus zu befreien, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumsgewerkschaften. Wenn auch der Erfolg dieser Versammlungen den Erwartungen nicht ganz entsprach, so muß doch gesagt werden, daß die Stellung der evangelischen Arbeiterchaft zur christlichen Gewerkschaftsbewegung eine bessere geworden ist, und daß durch anhaltendes Arbeiten noch großes erreicht werden kann. Es haben sich auch einige evangelische Arbeitervereine und Pastoren für die christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Die Ausstücker in evangelischen Arbeiterkreisen sind somit sehr gute und vielversprechende. Im allgemeinen steht die Arbeiterchaft des Bielefelds noch grifflos, und es wird außerordentlich viel Arbeit und Mühe kosten, sie soweit heran zu bilden, bis sie den richtigen Wert der christlichen Gewerkschaften erkannt hat.

Was nun der Besuch und Erfolg der einzelnen Versammlungen anbelangt, so waren die Versammlungen in Hölstein, Raabburg, Langenan und Steinen schlecht besucht. Kritische Erlöse konnten nicht erzielt werden. In diesen Orten haben die Textilarbeiter große Freude vor den Fabrikanten und warum deshalb nicht in die Versammlungen. Es muß hier mit Klein- und Hausagitation eingeleitet werden, um wieder einen festen Stamm zu bekommen. Die Versammlungen in Sombach r. h. h. waren ziemlich gut, die in Bortach, Hohenbach, Zell, Wurg, Wehr und Rohmatt dagegen von 50 bis 200 Personen besucht. In allen diesen Versammlungen wurden notwendige und einige materielle Erfolge erzielt. Die Versammlung in Fahrnan mußte infolge eines Feuerfalles in der Kirche ausfallen. Das die Versammlungen im allgemeinen schlecht besucht waren, war auch unter anderem der dort tobenden Landtagswahlwahl zugunsten. Momentan herrscht in einigen Orten große Erregung, weil den Arbeitern sehr schlechtes Rohmaterial zur Verarbeitung gegeben wird und dadurch der Lohn ein sehr geringer ist. Allmählich werden die Arbeiter des Bielefelds doch organisiert, und es kann durch anhaltende und intensive Agitation noch vieles erreicht werden.

**XI. Bezirk Thüringen-Sachsen-Brandenburg.**

**Orisk.** In der letzten Mitgliederversammlung hielt der Vorsitzende, Kollege Scheffel, einen Vortrag über „gelbe Gewerkschaften“, ihre Entstehung und ihr Wirken in Frankreich. Den zweiten Teil dieses Vortrages, die „Gelben“ in der deutschen Arbeiterbewegung, gibt Kollege Scheffel in der nächsten Versammlung. Wir rufen hiermit den Kollegen, die sich wie in Versammlungen sehen lassen, zu: Erscheint endlich einmal und zeigt Interesse für unsere Sache.

**Reichershausen.** Anfang März hielten wir unsere Generalversammlung ab. Es wurde der Jahresbericht und der Rechenschaftsbericht des Kassierers und des Vorstandes vorgelesen. Die Vorstandswahl wurde vorzeitig

bis zur nächsten Versammlung, die am Mittwoch den 8. April stattfinden soll. Die Mitglieder müssen erscheinen; der Bezirksvorsitzende hält einen Vortrag. Seitendorf. Die Bilanzzeit der hiesigen Land-Fachabteilung, welche erst nach der christl. Gewerkschaft gegründet wurde, war von sehr kurzer Dauer. Schon vor Jahresfrist ist über die Hälfte der Mitglieder verloren gegangen, wovon vielen der Weg ins rote Lager lieber war, als die mittlere Linie. Trotz dieses Mißerfolges hatte ein berufener Führer immer noch die Fähigkeit, zu behaupten, nur im Rheinland haben die christlichen Gewerkschaften eine Berechtigung. Bei uns in Sachsen seien die „Fachabteilungen“ die richtige Gewerkschaftsform für die katholischen Arbeiter. Ja, wenn der Herr verderben will, den schlägt er mit Blindheit!

Für unseren Bezirk finden folgende Gaukonferenzen statt:

Am 5. April in Ritzau, nachm. 1 Uhr, in der Fabrik Bierhalle.

Am 26. April in Forst (Sachsen).

Am 3. Mai in Greiz.

Tagesordnung durch Rundschreiben.

**Erfolge der Hausagitation.**

Lambrecht:	12 Kollegen, 2 Kolleginnen.
Rappoltsweiler:	3 „ „
Weyenburg:	6 „ „

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Böscholt.** Der schlechte Geschäftsgang macht sich in der Textilindustrie unseres Ortes schon recht bemerkbar. Es stehen in den verschiedenen Webereien insgesamt schon Hunderte von Webstühlen still. Verschiedene Betriebe lassen die Arbeit einen Tag in der Woche ruhen. In anderen Fabriken läßt man die Arbeiter geraume Zeit auf Material warten und schränkt so die Produktion ein. Auch wird schon der Versuch gemacht, hier oder da den Lohn zu reduzieren. So kürzte die Firma Schneiders, Lohnweberei, die Webelöhne, die Firma Albin Tangerding die Löhne der Spulmaschinen von 6 auf 2 1/2 Pfg. pro Kilo. In beiden Betrieben ist unsere Organisation fast gar nicht vertreten. Die Arbeiter waren zur Abhaltung von Belegschaftsversammlungen und zum Eintritt in den Verband nicht zu bewegen. Einige Fabrikanten glauben, es sei die richtige Zeit gekommen, Arbeiter, die sich um die Verbreitung der Organisation bemüht haben, aus ihren Betrieben zu entfernen. Doch scheint die schlechte Konjunktur auf unsere Mitglieder erzieherisch zu wirken. War doch unsere letzte Mitgliederversammlung vom 25. März sehr stark besucht. Zunächst wurde beschlossen, baldigst eine Mitgliederversammlung abzuhalten, zu der auch die Frauen der Mitglieder eingeladen werden. Sodann hielt Kollege Dieker einen längeren Vortrag über den Selbstentwurf betr. Arbeitsstatistiken. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der man zu dem Beschlusse kam, den Gesandten zur Durchberatung an den Unterdistrictkursus zu verweisen. Später soll sich die Mitgliederversammlung nochmals mit der Materie befassen.

**Dahlhausen.** Unsere am 15. März abgehaltene Mitgliederversammlung zeigte nicht den Besuch, den wir erwartet hatten. Es fand zuerst die Wahl eines fünften Vorstandsmittels statt. Gewählt wurde die Kollegin Marie Hauke; einen weiteren Vertrauensposten erhielt die Kollegin Elise Braun. Später fand eine von über 100 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung statt. An Stelle des verhinderten ersten Bezirksleiters Jahrbuch hielt der zweite Bezirksleiter Blankenagel einen Vortrag über „Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften“. Stürmischer Beifall lohnte seine trefflichen Ausführungen. Nachdem noch einige Neuaufnahmen gemacht wurden, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Versammlung.

**Düggelshof (Sachsenfeld).** Unsere Ortsgruppe hielt am 15. März in Helmshof eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung ab. Kollege Hollenbach sprach über den Nutzen und die Notwendigkeit des Verbandes. Mittlerweile war auch der Sekretär Balltruch erschienen. Dieser hielt dann einen lehrreichen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung. Hieran schloß sich eine rege Diskussion seitens unserer Mitglieder und der Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes. Herr Balltruch kam sodann zum Schlußwort. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen.

**Sachsen.** Unsere Versammlung vom 16. März war gut besucht. Zu unserer Freude war auch der Stadtkaplan, Herr Lang, anwesend. Kollege Geier sprach über die Textilarbeiterverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit. Zum Schluß wurden Anweisungen erteilt in der Diskussion ein Sozi allerlei Zeugnis zu legen. Der Referent und auch der Herr Kaplan leuchteten diesen treffend heim.

**Wiesenthal (Sachsenfeld).** Am 17. März fand hier wieder eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher unser Bezirksvorsitzender Kollege Camps aus Mühlitz referierte. Nachdem dieser die Verhältnisse am Ort besprochen, erläuterte er einige Bestimmungen des Statuts. Dann wurden die Aufgaben der Vorstandsmittelglieder und Vertrauensmänner erörtert. Bis jetzt waren die gesamten Geschäfte vom Kollegen Hampert vom christl. Bauarbeiterverband erledigt. Man wählte mannehr einen Vorstand und Vertrauensmänner aus der Mitte der Mitglieder. Postenmäßig hielt die Einigkeit und Solidarität unter den Kolleginnen und Kollegen auch ferner an. Sämtliche Textilarbeiter von hier sind unsere Mitglieder. Rügen alle immer vollzählig in den Versammlungen erschienen, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben.

**Selters.** Am 12. März hielten wir Mitgliederversammlung. In derselben hielt der als Mitglied unserer Ortsgruppe angehörende Arbeitersekretär Paifer, Reiflinghausen, einen längeren Vortrag über Zweck und Ziele der christlichen Arbeiterbewegung. An den beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion.

**Rauschleben.** Die am Sonntag, den 15. März abgehaltene öffentliche Gewerkschaftsversammlung erfreute sich eines außerordentlich guten Besuchs. An Stelle der erkrankten Referentin Fräulein Braun sprach Gewerkschaftssekretär Geier-Augsburg über: „Der Aufbruch der Industrie unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslöhne und der Frauenarbeit.“ In der Diskussion sprach Kollege Leberle, Herr Geier, Herr Doeringer Rappke und Bedauerer Steins. Herr Geier als Vorsitzender des „freien“ Gewerkschaftsvereins verurteilte den Charakter der „freien“ als unzulässig hasserfüllt, wurde aber dabei dem

schönen Herrn Rappke, der im vorigen den wichtigen sachlichen Ton des Redners anerkannte, glänzend abgeführt. In einem Schlußwort nahm Kollege Geier zu dem gemachten Einwendungen Stellung. Nachdem noch einige Aufnahmen gemacht waren, hatte die sehr anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

**Sachs.** Am 8. März hielt unsere Ortsgruppe die erste öffentliche Versammlung in Rutsbach im Gasthaus „zum Lamm“ ab, welche gut besucht war. Als Referent war Kollege Piefer aus Maulburg erschienen. Er behandelte das Thema: „Die Lage der Textilarbeiter in Baden und wie kann dieselbe gebessert werden.“ Kollege Piefer verstand es, ein klares Bild über die Verhältnisse der Textilarbeiter vor 50 Jahren bis zur heutigen Zeit den Zuhörern vorzuführen und erntete am Schluß seines sehr lehrreichen Referats lebhaften Beifall.

**Lambrecht (Pfalz).** Unsere am 16. März abgehaltene Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Die Tagesordnung lautete: 1) Besprechung über das Kartell der christl. Gewerkschaften für Lambrecht und Umgebung, 2) Wahl der Kartelldelegierten, 3) Einiges über Invalidität, 4) Berichtedebatte. Kollege Lay besprach die Statuten des neugegründeten Kartells. Als Kartelldelegierte gingen aus der Wahl hervor die Kollegen Jakob Lay, August Schäfer, Friedrich Streb und Johannes Wiedrich Lindenberg. Kollege Lay sprach über das Invaliditätsgesetz. Unter Punkt Berichtedebatte wurden die Verhältnisse in den hiesigen Fabriken besprochen.

**Landeshut i. Schl.** Unsere am 18. März stattgefundene Mitgliederversammlung war zahlreich besucht. Kollege Küper vom Keramarbeiterverband hielt einen Vortrag. An der Hand der statistischen Zusammenstellung des Reichsarbeitsblattes zeigte Redner, welche Erfolge für die Arbeiter durch die Gewerkschaften im letzten Jahr erzielt wurden sind, andererseits aber auch die Hindernisse, welche den christlichen Gewerkschaften in ihrem Streben, den Arbeiterstand als in jeder Beziehung gleichberechtigt in die bestehende Gesellschaftsordnung einzureihen, entgegengestellt werden. Reicher Beifall folgte seinen Ausführungen. Sodann betonte Kollege Jungnickel den Wert der statistischen Erhebungen und empfahl dringend die Einführung der Lohnnotierungsbüchlein. Das zur Probe vorliegende Lohnbüchlein, sowie der Artikel über dieselben in Nr. 9 unserer Fachzeitung wurden eingehend besprochen und der Vorstand beauftragt, die als notwendig erkannten Änderungen resp. Ergänzungen beim Bezirksvorsitzenden zu beantragen. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt, sowie einige Aufnahmen vollzogen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Ochtrup.** Unsere am 15. März stattgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Unser Kassierer, Kollege Küper, gab Bericht seit Bestehen der Ortsgruppe bis zum 1. Januar 1908. Es wurde die Anschaffung einer Bibliothek von allen Kollegen gewünscht und auch beschlossen. Kollege Brade-Spe hielt einen Vortrag über das Krankenversicherungs-gesetz.

**Rehne.** Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche so gerne unsere Versammlungen schwänzen, haben sich selbst um einen guten und lehrreichen Vortrag gebracht, den uns Kollege Klenker in der letzten Versammlung gehalten hat. Eingehend zeigte er den Mitgliedern, was für sie erreicht sei, aber auch wieviel noch erreicht werden müsse, und daß es dazu der ganzen Kraft und Fähigkeit jedes einzelnen bedürfe. Deshalb solle jeder Kollege dahin streben, ein lebendiges Mitglied unserer Bewegung zu sein, denn nur so könne man zum Ziele kommen. Wie bekannt ist, soll nächstes Mal wieder ein Vortrag stattfinden; ich möchte die nicht dagewesenen Kollegen, besonders aber die Kolleginnen ermahnen, doch einmal ihre Schlafmütze abzulegen und die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen.

**Stadtlöh.** Auf unserer letzten Mitgliederversammlung vom 22. März erläuterte zunächst unser Kassierer Kollege Himmelberg die Ausgaben betr. Krankenunterstützung. Alsdann sprach Kollege Denning-Voght über die wirtschaftliche Krise. Redner zeigte im ersten Teil des Vortrages die Hauptursachen des wirtschaftlichen Niederganges. Im zweiten Teile behandelte er die zweckmäßige Haltung der organisierten Arbeiterchaft während einer solchen Periode. Den Ausführungen des Redners wurde lebhafter Beifall spendet.

**Aus unserer Industrie.**

Das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt in seiner letzten Nummer über den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Februar folgendes:

In der schlesischen Baumwollweberei, Ausrüstung und Bereidung baumwollener Gewebe durch Weiche, Druckerei, Färberei und Appretur zeigte sich gleichfalls eine weitere Verschlechterung. Die Rundschiff suchte frühere Abschlüsse zu annullieren. Der Grund dürfte nach dem Bericht im wesentlichen in der übermäßigen Eindeckung zur Zeit der Hochkonjunktur und in den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu Beginn des Winters liegen. Die vorhandenen Arbeitskräfte reichen aus.

In der schlesischen Seidenfabrikation zeigte sich, was Landeshut betrifft, eine weitere Verschlechterung, während an anderen Orten noch ein günstiger Geschäftsgang herrschte.

In der schlesischen Tuchfabrikation war ein Anhalten der im Vormonat berichteten Verschlechterung im allgemeinen nicht festzustellen; in der Wollewarenfabrikation trat keine Veränderung der normalen Lage ein.

Was die Prefelder Seidenindustrie betrifft, so trat in der Samtwweberei und Seidenstoffweberei eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat ein, die in der Samtwweberei vor allem auf die Uneinigkeit zwischen Grossisten und Detailhändlern und auf das Fallen der Preise des Rohmaterials zurückzuführen wird.

In der Flawener Stiderei- und Spinnenindustrie sind den vorliegenden Berichten zufolge die Verhältnisse im wesentlichen dieselben wie im Vormonat geblieben.

Ein Rückgang des Geschäftsganges, der eine teilweise Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge hatte, zeigte sich in der württembergischen Trikotfabrikation.

Die Färbereien und Appreturanstalten waren nach der Mehrzahl der Berichte im allgemeinen wenig heftiggehend beschäftigt. Dagegen gibt es besonders für die elsässischen Druckereien.

Die elsässische Baumwollspinnerei ist immer noch beschäftigt, die

die Färbereien und Appreturanstalten waren nach der Mehrzahl der Berichte im allgemeinen wenig heftiggehend beschäftigt. Dagegen gibt es besonders für die elsässischen Druckereien.

Die elsässische Baumwollspinnerei ist immer noch beschäftigt, die

und bayerische Baumwollspinnerei hatte dagegen immer noch gut zu tun, wenn auch besonders in Bayern ein wesentlicher Abfall nicht zu verkennen war.

In der hannoverschen Baumwollspinnerei war der Absatz von Garnen aus alten Aufträgen noch umfangreich genug, um die volle Produktion in Anspruch zu nehmen. Neue Aufträge kamen nur in geringem Maße herein.

In der schlesischen Baumwollspinnerei und -zwirnererei, Garnfärberei und Bleiche war der Geschäftsgang wenig befriedigend; gegen den Vormonat fand eine Verschlechterung statt, die Anforderungen ließen merklich nach, hörten teilweise sogar auf.

Die sächsische Wigdognespinnerei hatte, da sowohl vom Inland als auch vom Ausland die Aufträge der die Wärme weiter verarbeitenden Industrien fehlten, nur ungenügend Arbeit.

Die Koppenspinnerei vor nicht ganz befriedigend beschäftigt, so daß teilweise Verkürzungen der Arbeitszeit stattfanden.

Die schlechte Lage der Kammgarnspinnerei hielt auch im Berichtsmonat an. Spinnereien hatten die Garnspinnereien und Bindfadenfabriken im allgemeinen viel Arbeit.

Die rheinisch-westfälischen Baumwollwebereien waren wie im Vormonat mit Arbeit ungenügend besetzt. Die Kaufkraft der Rindschaff war so schwach, daß viele Fabriken gezwungen waren, ihren Betrieb durch Arbeitszeitverkürzung wesentlich einzuschränken.

### Gewerkschaftliches.

#### Aus unseren Verbänden.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands hat im Jahre 1907 an innerer Festigung bedeutend gewonnen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen im Jahre 1907 428 665,11 Mark, die Gesamtausgaben 243 910,09 M. Den Hauptanteil der Ausgaben, 113 045,56 M., verschlang die Durchführung von Lohnkämpfen und die Unterstützung von gemäßigten Mitgliedern. Für Bildungszwecke (Organ, Bibliotheken) wurden 19 129,52 Mark verausgabt. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands ist die einzige deutsche Holzarbeiterorganisation, welche im Jahre 1907, trotz mancher ungünstig einwirkenden Verhältnisse, eine nennenswerte Mitgliederzunahme zu verzeichnen hatte. Zur besseren Durchführung seiner Aufgaben unterhält der Verband in München, Stuttgart, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Bochum, Hannover, Berlin und Danzig Bezirkssekretariate. Zahlstellen und Vertrauensmannschaften bestehen in über 430 deutschen Städten. Seine fünfte ordentliche Generalversammlung hält der Verband in den Tagen vom 28. Juni bis 1. Juli d. J. in München ab, wo die Bioge des Verbandes stand. Auf Anregung der im Jahre 1898 gegründeten dortigen Schreibereisektion des Vereins Arbeiterklub, wurde auf dem 1. Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Mainz 1899 genannter Verband als Zentralorganisation aus 9 örtlichen Vereinigungen gebildet. Bis zum Jahre 1903 befand sich auch die Zentralfelle des Verbandes in München. — Die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie nahmen am 25. März in Leipzig ihren Anfang. Neben den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen (Zentralvorstände und örtliche Delegierte), tagt gleichzeitig eine Kommission von nicht direkt an der diesjährigen Tarifbewegung Beteiligten unter dem Vorsitz des ehemaligen Handelsministers v. Berlepsch, welche eine Regelung der Arbeitszeit für alle in betracht kommenden Städte vornimmt. Diese Kommission ist auch beauftragt, Schlichtungsprüfung zu fällen, die für beide Parteien verbindlich sind. Die Tarifverhandlungen erstreckten sich auf 27 Städte.

**Christlich-sozialer Arbeiterbewegung.** Die kirchlich-soziale Arbeit ist stets Liebesarbeit. Das Wort „Liebe“ darf nur nicht in der Verengung des Begriffs gebraucht werden, die schon zur Zeit Jesu eintrat, als der Sprachgebrauch „Liebe“ und „Altruismus“ gleichsetzte. Die Liebesarbeit, die die Christenheit an der christlichen Welt in der Gegenwart zu leisten hat, ist weit umfassender als Almosenpflege, als Evangelisation; umfassende Mission und Einwirkung ins öffentliche Leben.

Diese Einwirkung auf das öffentliche Leben, genauer gesagt: auf die Volkseele, ist einmal die Pflege des Gerechtigkeitsbegriffes, der auch dem Schwächsten zu gute kommt, sodann aber Pflege der Organisation.

Der Staat hat „von oben“ als Hort der Schwachen zu handeln. Das ist der sozial-konfessionelle Gedanke. Nicht weniger wichtig ist aber auch, daß das Christentum in seiner gemeinschaftbildenden Kraft auch die wirtschaftlichen Gemeinschaften der Menschen zu durchdringen hat.

Ein schwaches Christentum kann dadurch allerdings „herabgezerrt“ werden in den Kampf der Interessen. Ein lebendiger Glaube kann gar nicht anders, als alles menschliche Leben, auch alles menschliche Zusammenleben, mit seinem Geist zu durchdringen.

Im Zeichen der Organisation steht die Gegenwart. Es ist gerade das Charakteristikum derselben, daß überall die gemeinschaftbildenden Kräfte sich regen. Auch die stärkste Einzelpersonlichkeit wirkt nur durch das Eingehen in Gemeinschaftsbildungen. Im Punkte steht der Einzelbankier völlig aus; die Industrie steht im Zeichen der unerschöpflichen Gesellschaft und des Zusammenschlusses der Gesellschaften. Die Kartelle und Syndikate nehmen überhand. Wenn organisiert sich das Land im „Bunde der Landwirte“, in Raiffeisenorganisationen, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften.

Es ist ein selbsterhellender Gegenstand: Während viele Vertreter der Geisteswissenschaften und der Kunst einen vorzüglichen Individualismus pflegen, der Kunst eine Bedeutung der Kirche und des Religionsunterrichts in allen Schulen nicht mehr zu verstehen vermag, tritt im realen Leben der Trieb nach festen Gemeinschaftsbildungen mit einer Lebendigkeit zu Tage, wie in keiner früheren Periode. Wir können geradezu voraussagen, daß der Aufbau unseres ganzen Staatslebens in wenig Geschlechtern durch diese wirtschaftlichen Gemeinschaftsbildungen halbschattigen Charakters wesentlich bestimmt sein wird und auch die Volkvertretung sich auf berufstätiger Grundlage aufbauen wird.

Diese Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten. Die freie Persönlichkeit wird vielfach gehemmt durch die Rücksichten, die ein Arbeiten in der Organisation gebietet. Organisationen zeitigen keine Helben und charakterisieren eher ein Greisenalter als ein Heldentalter. Auch wird das Gemissen seiner man der

Einzelne die ganze Verantwortung für sein Tun zu tragen hat, als wenn alles auf Köpfe und auf kollektive Verantwortung beruht.

Aber der starke Drang der Organisation ist doch, sonderlich nach der vorangegangenen Zeit radikaler Desorganisation, ein hoffnungsvoll stimmendes Zeichen der Zeit. Organisation steht der Selbstsucht entgegen. Die Kräfte der Gemeinschaft zu entfalten ist nichts mehr berufen, als das Christentum. Wo man das Individuum auf den Thron erhebt, ist ein Verständnis des Christentums, dessen höchstes Gut das Reich Gottes ist, nicht möglich. Wo aber der Mensch als lebendiger Teil eines großen Ganzen empfunden wird, versteht man auch leichter die Verkörperung der Menschheit in Adam und ihre Erlösung in Christus, dem Haupt der erlösten Schar.

Die stärkste gemeinschaftsbildende Macht ist die christliche Kirche. Allein in Deutschland strömt allsonntäglich an mehr als 30 000 Orten die Christenheit zusammen, Christus zu preisen. Solche gemeinschaftsbildende Kraft hat keine politische Partei auch nur ein Jahr lang.

Überdies zeigt sich die Kraft der christlichen Kirche neuen Erscheinungen gegenüber oft erst langsam. Wir mühen schwere Verhältnisse der Kirche gegenüber ihrer sozialen Aufgabe. Aber von Jahr zu Jahr mehr erkennt die Christenheit ihre Aufgabe gegenüber der sozialen Bewegung: sie muß unerschrocken Zeugnis abgeben, Widerständliches durch die Kraft des Geistes zu strafen, und sie muß unermüdlichen Liebesmuth haben, das Gute durch die Kraft des Geistes zu fördern und zu kräftigen.

Zwei Männer waren es, die die Aufgabe der Kirche gegenüber der sozialen Not erkannten: Auf evangelischer Seite Johann Hinrich Wichern, auf katholischer Seite der Bischof von Ketteler.

Zunächst erkannte Johann Hinrich Wichern (1808—1881), daß die neue Zeit neue Aufgaben stelle. In seiner „Denkschrift“ schilderte er 1849 die neuen Aufgaben der Inneren Mission. Insbesondere wies er auf ein großes Arbeitsfeld, das aber noch neu und darum unarbeitbar war: auf die Gegenwirkung gegen die Revolution. Er erklärte: „Die Innere Mission will namentlich darauf hinwirken müssen, daß der Christ sich von der Pflicht des politischen Lebens nicht zurückziehen darf; daß auch hier die Pflicht Schande ist; daß es auch hier den Streit für den Herrn gilt.“ Er forderte, daß die Gemeindeglieder sich wirklich betätigen lernen und daß ihr Geist des kirchlichen Mitarbeitens sich ausbreite, daß das Bewußtsein der Verpflichtung dadurch sich immer mehr Raum verschaffe.“

So entstanden schon in den 50er Jahren evangelische Arbeitervereine, allerdings nur in Bayern. Nach den Nürnberger Satzungen sind sie Vereine, welche „auf Grund des evangelischen Bekenntnisses unter ihren Mitgliedern christliche Sitte und Bildung pflegen und sie anleiten zu christlichem Wandel, zur Vaterlandsliebe und zur Gewissenhaftigkeit in der Erhaltung ihres Berufes. Die Vereine sind allmählich auf etwa 70 angewachsen, aber erst neuerdings haben sie die „besonnenen Vertretung sittlich-sozialer Arbeiterinteressen“ in ihr Programm aufgenommen.

Und die Anstellung zweier evangelischer Arbeitersekretäre in Bayern und in Württemberg zum 1. April, die der Anstellung eines katholischen Arbeitersekretärs vom 1. Februar folgt, läßt ein gutes Vorangehen in Süddeutschland erhoffen.

Reinhard Mumm.

**Verband deutscher Buchdrucker contra Gutenbergbund.** Schwere Kämpfe vollziehen sich zurzeit zwischen den beiden genannten Buchdruckerorganisationen, von denen die erste den freien, die letztere dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angehört. Mit welchen unlauteren und unwahren Mitteln die Gegner des Gutenbergbundes kämpfen, beweist eine Notiz im „Vorwärts“ vom 12. März, welche schon von einer „Auflösung“ des Gutenbergbundes berichtet. Am 4. März ließ der sozialdemokratische Verband von übergetretenen Gutenbergbündlern ein Flugblatt unterzeichnen, in welchem Uebertrittsvergünstigungen zum sozialdemokratischen Verband für die Gutenbergbündler bekannt gegeben werden, und ferner vom Gutenbergbund und den christlichen Gewerkschaften als einer verknüpferten, religiösen Sekte“ die Rede ist. Wörtlich heißt es im Flugblatt:

„Als Arbeiter haben wir einer freien, modernen Gewerkschaft anzugehören und nicht einer verknüpferten, religiösen Sekte, und eine solche ist der Gutenbergbund durch seinen Eintritt in die christlichen Gewerkschaften geworden, die unter dem Zeichen für Gottesfurcht, Duldsamkeit und Bescheidenheit“ Euer wirtschaftliches Fortkommen zu unterbinden suchen. Der Verband der deutschen Buchdrucker ist die alleinige Organisation im Buchdruckgewerbe, der nicht allein für die Freiheit des Geistes seiner Mitglieder eintritt, sondern seit seinem mehr denn vierzigjährigen Bestehen bestrebt ist, die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen seiner Mitglieder mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen.“

Da der Gutenbergbund und mit ihm die christlichen Gewerkschaften den Monopol-Paragrafen, der dem sozialdemokratischen Verbände die Allein herrschaft im deutschen Buchdruckgewerbe sicherte, zu Fall gebracht haben, spielt der sozialdemokratische Verband aus agitatorischen Gründen jetzt seinen letzten Trumpf gegen den Bund aus, um den Gutenbergbund ja zu schwächen, daß er später als eine für die deutsche Buchdrucker-Gewerkschaft wichtig erscheinende Organisation nicht mehr in betracht kommen soll. In Wirklichkeit ist aber die Absonderung vom Gutenbergbunde gar nicht von Belang. Sie wird durch den Beitritt von christlichen Buchdruckern hinlänglich wieder wett gemacht. So nahm der Bund im Jahre 1907 noch um 105 Mitglieder zu. Durch ein Gesamtvermögen von 400 000 Mark werden die Rechte der Mitglieder besser garantiert als im sozialdemokratischen Buchdruckerverbande. Das Bestreben aller christlichen Arbeiter muß deshalb dahin gehen, die christlich-geminteten Buchdrucker dem Gutenbergbunde zuzuführen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Gutenbergbundes Berlin S 42, Jakobstr. 5 und das Sekretariat Köln, Palmstr. 14.

Der Jahresbericht des Herrn Gewerbeinspektors Rid in Reg. hatte eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften enthalten, die durch den Reichstagsabgeordneten Gollmer (Wiederts) in der Sitzung des Reichstags

am 3. März eine eingehende öffentliche Sachvermittlung erfuhr. Besserer nahm bei der zweiten Beratung des Etats des Reichstags des Innern als erster Redner das Wort und führte bei dieser Gelegenheit u. a. aus:

Es sind jetzt 30 Jahre her, daß die Gewerbeinspektoren eingeführt sind. Man kann wohl sagen, daß die Gewerbeinspektoren sich im allgemeinen das Vertrauen der Arbeiter erworben haben, wobei es allerdings sehr viel auf die Persönlichkeit des betreffenden Gewerbeinspektors ankommt. Ich glaube aber, daß nunmehr endlich die Zeit gekommen ist, einen Fortschritt auf diesem Gebiete nach der Richtung hin zu machen, daß von Reichswegen bestimmt wird, daß zu den Pflichten der Gewerbeaufsicht befähigte Leute aus dem Arbeiterstande ohne weiteres zugelassen werden können und müssen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch mit einigen Worten auf den Bericht des Gewerbeinspektors von Lothringen eingehen. Man wird es verstehen, wenn ein Gewerbeinspektor teilweise das Bedürfnis empfindet, an der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung teil zu nehmen. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist kein Blümchen „Nähr mich nicht an“, und gegen eine sachliche und objektive Kritik wird auch niemand etwas einzuwenden haben. Was soll man aber dazu sagen, wenn der Gewerbeinspektor für Lothringen in seinen Berichten auspricht, daß hinter der Gewerkschaftsbewegung nicht bloß gewerkschaftliche, sondern auch parteipolitische Tendenzen ständen, wenn er weiter behauptet, sie seien nicht die Organe zur Vermittlung des Friedens zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, und wenn er endlich sogar wörtlich schreibt:

„Die christlichen Gewerkschaften arbeiten mit denselben Mitteln wie die Sozialdemokraten, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß sie das Wortchen „christlich“ gebrauchen und dadurch mit ihrem verdeckten Helferhelfen besser auf die Leute und namentlich auf die Weiber einwirken können.“

Das ist kein hoch der hahnheischste Unsinn, den ich je im Leben gelesen habe. Schon die Anwendung des Wortes „Weiber“ auf die Frauen, die in einem schweren Lohnkampfe ihren Männern treu zur Seite gestanden haben, ist eine Beleidigung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. Anstatt solche unbewiesenen und unbeweisbaren Vorwürfe zu erheben, sollte der Gewerbeinspektor von Elsaß-Lothringen sich lieber Mühe geben, hinter seinen Kollegen in anderen Bundesstaaten bezüglich seiner Revisionstätigkeit nicht zu weit zurückzubleiben. Während in Deutschland im Durchschnittsjahr 1904 50 Prozent der Anlagen revidiert wurden, waren es in Elsaß-Lothringen nur 25,7 Prozent; während im Durchschnitt in Deutschland die Zahl der revidierten Arbeiter 80,3 Prozent betrug, waren es in Elsaß-Lothringen nur 58,3 Prozent. (Hört! Hört!) Und diese Zahlen haben sich im Jahre 1905 noch mehr zu ungunsten Elsaß-Lothringens verschlechtert. Ich glaube in der Tat, es wäre der Gewerbeinspektion von Elsaß-Lothringen anzuraten, sich etwas mehr um diese Revisionstätigkeit zu kümmern, als derartige beleidigenden beweislosen Behauptungen aufzustellen.

Erfreulicherweise sind die Berichte, wie die des lothringischen Gewerbeinspektors, eine Ausnahme. In anderen Berichten wird die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften rückhaltlos anerkannt. Redner verliert dann eine Stelle aus den Berichten der Gewerbeinspektoren von Württemberg, Sachsen, Weimar und Hessen. Ich glaube, daß das genügen wird, um vor allem die Regierung von Elsaß-Lothringen zum Bewußtsein zu bringen, daß der Gewerbeinspektor besser täte, derartige Anlagen aus seinen Berichten herauszulassen.

Zur Reform der Arbeiterversicherung nahm eine vom Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Köln einberufene Versammlung Stellung. Nach einem Vortrage des Volksbureauvorstehers Dieck (M. Gladbach) und einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige, im großen Saale des katholischen Gesellschaftshauses zu Köln tagende, zahlreich besuchte Versammlung christlicher Arbeiter stimmt den Ausführungen des Referenten betr. die Reform der Arbeiterversicherung zu und erklärt demgemäß:

1. Die Krankenversicherungsspflicht ist auf alle Personen auszudehnen, die der Invalidenversicherung zwangsweise unterstellt sind, vor allem aber auf die Diensthöfen, die Arbeiter und Angestellten in Privatbetrieben, die Heimarbeiter sowie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. 2. Zur Vereinfachung der Kassenverwaltung und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kassen ist eine Zentralisation zu schaffen. Diefelbe kann in der Weise erfolgen, daß für einen Bezirk etwa von der Größe einer preussischen unteren Verwaltungsbehörde nur eine Krankenkasse bestellbar nach Bedürfnis mit mehreren Zahlstellen. Insbesondere müssen die Gemeindefrankenversicherung, die Betriebs- und Innungsversicherungen ins Auge gefaßt werden; 4. die bisherige beherrschende Verwaltungsorganisation der Krankenversicherung muß beibehalten werden; 5. eine Neugestaltung ist erforderlich bei dem Streitverfahren in der Krankenversicherung, da die Aufsichtsbehörden im allgemeinen sich als richterliche Instanz nicht bewähren haben und die Prozessführung bei den ordentlichen Gerichten dem Grundgedanken der Sozialgesetzgebung nicht entspricht. Es sind daher bei den Zentralrankenkassen paritätische Schlichtungskommissionen einzusetzen, gegen deren Entscheidungen die Berufung beim Schlichtungsgericht und die Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig sind.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird beantragt: 1. Mitbeteiligung von Arbeitervertretern bei der Entscheidungsfeststellung; 2. Uebertragung der örtlichen Geschäfte der Unfallversicherung auf die Zentralrankenkasse; 3. Erweiterung der Familienunterstützung bei Krankheitsbehandlung; 4. gesetzliche Beschränkung des Rechtes hinsichtlich der Herabsetzung und Entziehung rechtskräftig festgestellter Unfallrenten. Die Versammlung protestiert gegen das seit einigen Jahren bestehende System: die Unfallentscheidungen möglichst niedrig zu halten und zu Bedürftigkeitsunterstützungen herabzudrücken, sowie bei nicht sehr erheblichen Körperdefekten (z. B. Fingerverlusten), eine wesentliche Erwerbsbeschränkung zu verneinen und jede Entschädigung abzulehnen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll.

Der Jahresbericht des Herrn Gewerbeinspektors Rid in Reg. hatte eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften enthalten, die durch den Reichstagsabgeordneten Gollmer (Wiederts) in der Sitzung des Reichstags

hinsichtlich der Invalidenversicherung geht die Bestimmung ein, daß die von der Reichsregierung verlangte strenge Auslegung des Begriffs: „Erwerbsunfähigkeit“ und verlangt wolle die Prüfung sowie billige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Versicherenden, wenn dies auch die Beitragserhöhung zur Folge haben sollte. Die Bestimmung verlangt bei einer Reform des Invalidenversicherungsgegesetzes, daß: 1. die örtlichen Geschäfte der Zentralrankenkasse übertragen werden; 2. die Einführung von Zuschüssen bei völliger Arbeitsunfähigkeit, sowie für den Fall, daß Angehörige zu unterstützen sind, ins Auge gefaßt wird; 3. eine Unfallversicherung mit Sparkasteneigenschaft eingeführt wird.

Bezüglich der Vertreterwahl fordert die Bestimmung die Einführung der Verhältniswahl für die gesamte Arbeiterversicherung und fernerhin eine Vereinfachung des Wahlverfahrens bei den einzelnen Körperschaften.

#### Aus gegnerischen Organisationen.

Dem sozialistischen Wahlterrorismus gebend die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Landtagswahlen anzuwenden. Das geht aus einem Geheimzettel der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands „Berufe“, das in dem evangelischen Wochenblatt die „Arbeit“ veröffentlicht wird und folgendermaßen zur Brutalisierung der Geschäftsleute auffordert:

Was aber die öffentliche Stimmabgabe bei den Landtagswahlen anbelangt, an welcher Regierung und reaktionäre Parteien zähe festhalten, und die der wackelnappe Freisinn nur sehr schwach bekämpft, muß uns Frauen zu einer Waffe werden, die wir bei richtigem Gebrauch gegen das der Wahlrechtsreform feindliche Kleinbürgertum mit Erfolg benutzen können. Sie wird uns dazu dienen, eine scharfe Kontrolle über die Stimmabgabe der Milchhändler, Krämer, Bäcker, Fleischer, Kohlen-, Holz- und Schaumhändler usw. auszuüben. All die betreffenden Geschäfte existieren meist nur dank der Arbeiterkundschaft. Stimmen ihre Inhaber gegen uns, d. h. nicht für Sozialdemokraten, so beweisen sie damit, daß sie bemüht sind, sich Bourgeoisikundigkeit zu erobern. Nicht nur eine Frau muß bei einem Händler nach seinem politischen Glaubensbekenntnis forschen, sondern eine größere Anzahl Frauen soll es tun, damit dem Manne keine Waise vor den vielen Kunden, die ihm abtrünnig werden könnten. Kurz, sie (die Frauen) müssen auf die betreffenden Kreise einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist. Die Tagespresse muß uns dabei zur Seite stehen. In jeder öffentlichen Versammlung muß diesem Terrorismus das Wort geredet werden.

Auch in einer sozialdemokratischen Konferenz in Berlin und anderswo sind dem Sinne nach ähnliche Aufforderungen ergangen. Wie angesichts solcher Terrorismus die Sozialdemokratie noch die Stimmabgabe kann, aber Wahlbeeinflussungen von seiten der Regierung über der bürgerlichen Parteien zu jammern, ist für jeden normalen Menschen unverständlich.

„Selbe“ und „rote“ Gewerkschaften Hand in Hand. Sehr viel ist in der letzten Zeit über die gelben Gewerkschaften geredet und geschrieben worden. Ueberall versuchen auch bei uns in Deutschland die Fabrikanten, die ihre Stellung im Geiste der Herren Buck und Kibdorf ausfüllen, möglichst viele ihrer Arbeiter für eine solche Streikbrecherorganisation zu gewinnen. Als Ersatz erhalten die auf das Koalitionrecht verzichtenden Arbeiter die „Wohltaten“ ihres Arbeitgebers. Wer dann auf dem Werk besonders tüchtig für die gelbe Sache eintritt, hat vielleicht Aussicht, ein Pötkchen zu bekommen oder doch sonst sich zu „verbessern“. Dank dieser Umstände haben die christlich organisierten Arbeiter die „gelbe“ Gefahr immerhin als eine solche erkannt, und so werden denn die „Gelben“ von der christlichen Arbeiterbewegung rundweg abgelehnt und entschieden bekämpft. Mit „gelben“ Gewerkschaften wollen wir keine Gemeinschaft haben, so schrieb das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, und so lauteten auch die Resolutionen, die auf den Delegiertentagen von unseren konfessionellen Arbeitervereinen angenommen wurden.

Interessant ist nun aber die Entwicklung der Gelben nach der „roten“ Seite hin. Oft genug ist von verfallenen Männern vorausgesagt, daß diese gelben Gebilde nur die sozialdemokratische Bewegung begünstigen, und schon jetzt zeigt sich, wie recht man mit der Behauptung hatte. Ein schönes Beispiel bietet ein Versammlungsbericht in Nr. 10 der „Gewerkschaftsstimme“ (Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbandes). Es wird dort aus Ingolstadt über eine von den Sozialdemokraten einberufene öffentliche Militärarbeiter-Versammlung berichtet, die am 22. Februar dort stattfand. Danach waren außer vielen christlichen Arbeitern auch 50 bis 60 „Gelbe“ anwesend. Außer dem sozialdemokratischen Abg. Köpflinger (München) redete auch der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Kurth (München) und sagte derselbe laut Bericht, „eine Konferenz zwischen den Vertretern des gelben bayerischen Militärarbeiterverbandes und den Führern der sozialdemokratischen Gewerkschaften habe vor acht Tagen in München einstimmig beschlossen, in der nächsten Zeit die Verschmelzung der gelben und roten Militärarbeiter-Organisationen durchzuführen.“ Von den christlichen Rednern wurde die Durchführung gründlich festgenagelt. Eine von ihnen eingebrachte Resolution brachte die Versammlungsleiter nicht zur Zustimmung. Dagegen wurde eine sozialistische Resolution angenommen und — „um das rote gelbe Bündnis gleich in der Praxis zu zeigen, stimmten die anwesenden „Gelben“ geschlossen für die Resolution.“

Also doch: die gelben Gewerkschaften sind Verkäufer der Sozialdemokratie. Manchem wird eine solche Entwicklung der „Gelben“ freilich etwas plötzlich vorkommen, aber es ist wirklich nicht zu verwundern, daß die so prinzipienlos „erzogenen“ Menschen aus einem Extrem ins andere fallen.

#### Aus Unternehmerkreisen.

Auf die bedeutend zunehmende Verbreitung, welche die Streiklausel in den großindustriellen und großgewerblichen Lieferungsverträgen findet, wird in dem hiesigen erschienenen Jahresbericht der Berliner Handelskammer für 1907 hingewiesen. Nicht ohne Befriedigung wird dabei hervorgehoben, daß, wie einerseits die Unternehmer bereits durch die Arbeitgeber-Organisationen eine wesentliche Stärkung ihrer Position gegenüber den Arbeitern erreicht haben, so

Wendung der Streiklausel ein weiteres wirkungsvolles Abschweifen gegen Arbeiterforderungen geschaffen worden sei. Die Streiklausel kann naturgemäß in der verschiedenartigsten Form und Abfassung jeweils den Abschlussschritten eingefügt werden. Es ist von Interesse zu sehen, wie das Bestreben der Arbeitgeberverbände dahin geht, die Klausel auf eine ganz bestimmte, den Grundrissen und Zielen der betreffenden Organisation entsprechende gemeinsame Formel zu bringen. Der genannte Bericht führt als Beispiel einer solchen Formulierung die zwischen Vertretern der verschiedenen Interessentengruppen der Textilindustrie und ihren Abnehmern im Jahre 1907 vereinbarte Streiklausel an und bemerkt dazu, daß diese Formulierung vielseitig und auch von der Berliner Handelskammer der Parteien zur Aufnahme in die Verträge empfohlen werde. Die grundlegende Bestimmung dieser Klausel hat folgenden Wortlaut: „Arbeiterausstände, Ausperrungen und Betriebsstörungen, soweit letztere auf höherer Gewalt (§ 275 des B. G. B.) beruhen, berechtigen den davon Betroffenen, seine Verpflichtung zur Lieferung oder Abnahme hinauszuschieben, und zwar um die Zeit der Störung des Betriebes und hinsichtlich des Quantums, dessen Lieferung oder Abnahme durch die Störung unmöglich gemacht wird. Bei laufenden Verträgen wird demgemäß die Zeit für die Lieferung oder Abnahme jeder einzelnen Rate entsprechend verschoben. Inwieweit Streiks oder Ausperrungen in dritten Verträgen zur Hinausschiebung oder Aufhebung der Lieferung berechtigen, entscheidet im Zweifelsfalle das Schiedsgericht. Bei länger als drei Wochen dauernder Störung sind Rücktrittsrechte des anderen Teiles vorbehalten.“

Der Bericht macht darauf aufmerksam, daß bei dieser Fassung die Parität beider Parteien gewahrt werde, während man sonst häufig die Klage höre, daß im allgemeinen in den Streiklauseln einseitig das Interesse des Lieferers wahrgenommen werde, zum Nachteil des Abnehmers. Es ist nicht zu leugnen, daß der Streiklausel eine erhebliche sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt, und man wird kaum bezweifeln dürfen, daß sie unter sachverständiger Direktion mit der Zeit allgemein in Aufnahme kommen wird. Sie nimmt in der Tat den Streik mehr oder weniger seine größten Schrecken für die Unternehmer und fördert zudem die Arbeitgeber-Solidarität in hohem Maße. Die Rechte der industriellen Lohnarbeiter werden die weitere Entwicklung der Streiklausel aufmerksam zu verfolgen haben.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung.**

**V. Sozialer Ausbildungsstufus des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands zu Posen.** Wie in vorangegangenen Jahren, so veranstaltet der Gesamtverband auch in diesem Jahre einen sozialen Ausbildungsstufus, um den Mitgliedern des Gesamtverbandes und sonstigen in der christlich-nationalen Bewegung organisierten Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich volkswirtschaftliche Kenntnisse anzueignen. Nur durch viele Kleinarbeit kann der Sache gebient werden. Eine sichtbare Wirkung läßt sich nicht sogleich verspüren. Mit besonderer Freude ist es zu begrüßen, daß Posen als Ort des diesjährigen Stufus gewählt worden ist. Gerade in den letzten Jahren hat der Osten unseres Vaterlandes fast andauernd die Blicke auf sich gelenkt. Den Kurstufnehmern ist daher gelegentlich des Stufus die Möglichkeit gegeben, den Osten, seine verhältnismäßig neue Kultur, seine eigenartigen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, seine nationalen und konfessionellen Kämpfe und die sich daraus für die gewerkschaftliche Arbeit ergebenden besonderen Schwierigkeiten aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Das Programm des sozialen Ausbildungsstufus umfaßt eine Reihe volkswirtschaftlicher Vorträge, verschiedene Besichtigungen und Ausflüge und wird Interessenten auf Wunsch gern zugesandt. Die Teilnahme an dem Stufus ist frei. Die Anzahl der eigentlichen Kursisten soll 40 nicht überschreiten, dagegen werden Hospitanten in unbeschränkter Zahl zugelassen. Unter der Leitung des Superintendenten Stenmüller hat sich ein Arbeitsausschuß gebildet. Die Geschäftsstelle des Stufus ist im evangelischen Volkshaus in Posen, Halbbörserstr. 4, woselbst jede weitere Auskunft erteilt wird. Anmeldungen zum Stufus richtet man an den Vorstand des Gesamtverbandes, Herr Dr. Weber, M.-Gladbach.

**Zur Situation im Baugewerbe.** Wenn unsere Kollegen und Kolleginnen diese Zeilen lesen, wird im Baugewerbe über Krieg oder Frieden bereits entschieden sein. Am 25. März begannen in Berlin Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Leitung der Unternehmerorganisation.

Beteiligt waren an diesen Verhandlungen auf Arbeitgeberseite der Zentralvorstand des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, auf Arbeitnehmerseite die Zentralvorstände des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, des Zentralverbandes der Zimmerer, des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter und des Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. Geleitet wurden die Verhandlungen von den Herren: Gewerbegerichtsvorsitzender Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München und Gewerbegerichtsvorsitzender Dr. Wiehelt-Essen.

Die Beratungen erstreckten sich auf die für das ganze Reich in Frage kommenden Gesichtspunkte beim Abschluß der Verträge, die Verhandlungen über die Festhaltung der örtlichen Verträge werden erst erfolgen können, wenn über diese allgemeinen Gesichtspunkte eine Einigung erzielt ist.

Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen bemühen sich vor allem, die Arbeitgeber zu einer Annahme derjenigen Bestimmungen des „Minstervertrages“ zu veranlassen, die den besonderen Wünschen der Arbeiter erregt haben, wie der Begriffs „täglich“ Arbeiter und andere.

Für die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Frankfurt a. M. sind auf Veranlassung des Mitteldeutschen und des Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe eine Ausdrucks in engem Kreise in Koblenz statt. Die Ansprache wurde von dem Beigeordneten der Stadt Essen, Herrn Dr. Biedel, geleitet. Das Resultat derselben ist von größter Bedeutung, da es die gespannte Lage bedeutend gemildert und größere Aussichten auf eine friedliche Verständigung geschaffen hat. Es müßten dem unvorhergesehenen Ereignisse bezugnehmend, oder die Bundesleitung des Arbeitgeberverbandes die von beiden genannten Bezirksverbänden, welche als sachlagegebend angesehen werden müssen, gemachten Vorschläge nicht ablehnen.

In den Bereich der Erörterungen wurden in Koblenz nur die Hauptdifferenzpunkte gezogen. Nach nochmaliger Darlegung des Standpunktes der Arbeiter in den bekannten Punkten erklärten die Arbeitgeber, bei ihrem Bundesvorsitz in Berlin die Streichung des Wortes „täglich“ beantragen zu wollen. Die Agitationsklausel soll eine andere Fassung erhalten, unter Weglassung der hauptsächlich beanstandeten Sätze. Der Genehmigungssatz soll eine paritätische Fassung erhalten. Alles vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesleitung. Dagegen verlangen sie, daß seitens der Arbeiter jede Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit sowie auf eine allgemeine Lohnerhöhung für die beabsichtigte Vertragsdauer von zwei Jahren zurückgezogen wird. Angesichts dieser einerseits entgegenkommenden, andererseits jede augenblickliche Lohnerhöhung wie Verkürzung der Arbeitszeit strikte ausschließenden Erklärung, waren die Vertreter der Arbeiter auch ihrerseits in die Lage versetzt, positive Vorschläge zu einer Einigung zu machen. Sie konnten das um so eher, als sie seither in gleichen Fragen nie einen anderen Standpunkt eingenommen haben. Unter Berücksichtigung der Umstände glaubten die Arbeitervertreter, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder, die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine allgemeine Lohnerhöhung fallen lassen zu sollen, unter der Voraussetzung jedoch, daß in 1909 eine allgemeine Erhöhung des Lohnes eintritt; andernfalls soll der Vertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen werden. Das Resultat der Berliner Verhandlungen ist, wie die Tageszeitungen melden, daß jedenfalls der Friede erhalten bleibt.

**Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.**

**Der christliche Textilarbeiterverband in Belgien,** der der internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen angeschlossen ist, war im Jahre 1907 an 33 Streiks beteiligt mit 1429 Mitgliedern. Davon führte der Verband sieben allein und die übrigen in Verbindung mit anderen Organisationen. Von dem gemeinsam geführten Streiks endeten 13 mit einem vollen und sieben mit einem teilweisen Erfolge, zwei waren erfolglos, einer war zur Berichtszeit noch unentschieden. Von den sieben allein geführten Streiks waren fünf ganz und einer teilweise erfolgreich. Ein Streik war noch im Gange am Ende des Jahres. Ferner war der Verband an 32 Bewegungen beteiligt, die friedlich beigelegt wurden. Von diesen führte der Verband allein 27; 20 endeten mit einem vollen Erfolge. An 11 Ausperrungen war der Verband im vergangenen Jahre beteiligt. An Lohnerhöhung wurden für die Mitglieder aus den Bewegungen 320000 Mark herausgeschlagen. Zählte der Verband am Ende des Jahres 1906: 3599 Mitglieder in 26 Ortsgruppen, dann 1907: 7207 in 42 Ortsgruppen. Somit eine Zunahme von 3599 Mitgliedern und 16 Ortsgruppen. Wir wünschen unserem Bruderverband auch im neuen Jahre Glück und Erfolg in seiner Arbeit.

**Allgemeine Rundschau.**

**Soziale Rechtsprechung.**

Ein für die gesamte Arbeiterschaft wichtiges Urteil fällt das Bocholter Gewerbegericht am 19. Febr. d. J. Der Sachverhalt ist folgender: Am 3. Februar d. J. hatten die Arbeiter der Firma Gebr. Kensing (mech. Weberei) unter einer sehr großen Kälte zu leiden. Den Arbeitern war es unmöglich, ihre Arbeit verrichten zu können. Das Thermometer zeigte 3 bis 4 Grad Reaumur. Sie verließen deshalb die Arbeit gegen 11 Uhr morgens und verlangten für den Rest des Tages einen Schadenersatz von 1,50 pro Kopf. Die Firma lehnte die Entschädigung ab. Ihr Verhalten rechtfertigte sie dadurch, daß sie nicht Eigentümerin der Fabrik sei, sondern nur Raum und Kraft gemietet habe, folglich für eine genügende Wärme nicht aufkommen könne. Die Arbeiter erhoben diejerhalb Klage beim Gewerbegericht. In seiner Sitzung vom 19. Febr. wurde den Arbeitern der Schadenersatz zugesprochen und die Firma kostenpflichtig verurteilt.

In den Entschädigungsgründen heißt es:

Nach § 120a der Gewerbe-Ordnung hat der Unternehmer die Arbeitsräume für seine Arbeiter gesundheitsgemäß zu halten. Darch 3 bis 4 Grad Wärme wird diesen Anforderungen nicht entsprochen. Mühsen durften Kläger die Arbeit verlassen. Der Sachverhalt gegen § 120a der G.-O., ein Schußgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 des B. G. B. berechtigt die Kläger, ihren Lohnanspruch als Schadenersatzanspruch geltend zu machen. Das Beklagte die Weberei bezüglich Krait und Raum nur gemietet hat, ist unerheblich. Die Firma ist Beklagte, also haftbar.

Da vorliegend lediglich das Verhältnis zwischen ihr und den Klägern inbetracht kommt, so wird Beklagte von der Ersatzpflicht nicht dadurch befreit, daß ein Dritter, nämlich Vermieter, als Schadenersatzanspruch geltend macht, der allerdings keine höhere Gewalt darstellt, heißt.

Soweit die Entschädigungsgründe. Immerhin dürfte dieses Urteil für unsere Kollegen bei ähnlichen Fällen eine willkommene Handhabe bieten.

**Soziale Wahlen.**

Wetz (Kreis a. L.) Am 18., 19. und 20. März fanden hier die Wahlen der Arbeitsherrvertreter zur Ortskrankenkasse I für die nächsten drei Jahre statt. Der Liste des sozialdemokratischen Gewerkschaftskomitees hatte der nationale Arbeiter-Wahl-Ausschuß eine nationale Liste gegenüber gestellt. Das am 21. er. festgesetzte Resultat ergab folgendes:

<b>Abteilung I (Textilgewerbe):</b>	
Wahlberechtigte	4507
Gewählt haben	3556
National	1632
Kartell	1893
<b>Abteilung II (Baugewerbe und verw. Berufe):</b>	
Wahlberechtigte	450
Gewählt haben	340
National	36
Kartell	272
<b>Abteilung III (alle anderen Betriebe und Gewerbe):</b>	
Wahlberechtigte	699
Gewählt haben	451
National	232
Kartell	205
<b>Abteilung IV (freiwillige Mitglieder):</b>	
Wahlberechtigte	1760
Gewählt haben	1128
National	648
Kartell	487

Die nationale Liste legte also in dem Wahl- abteilungen III und IV. Von den 115 zu wählenden Vertretern erhalten die Christlich-nationalen in Abteilung III 15 und in Abteilung IV 22 Vertreter, zusammen also 37. Die Sozialdemokraten erhalten in Abteilung I 69 und in Abteilung II 9 Vertreter, zusammen also 78. Die Wahlbeteiligung war stärker als je zuvor. Von den 7416 Kassenmitgliedern haben 5476 oder rund 74% gewählt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft kann mit dem Erfolg zufrieden sein, hat sie doch auch in der heiß umstrittenen größten Abteilung I eine ansehnliche Stimmenzahl erreicht. Unsere Kollegen haben die Pflicht, unsern Verband hier so zu stärken, daß wir bei der nächsten Wahl auch in der Abteilung I (Textilgewerbe) liegen.

**Wohlfühl.** Bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter für die Allgemeine Ortskrankenkasse wurden trotz lebhafter Gegenagitation die von dem christlich-nationalen Ausschuss für Arbeitnehmervertreterwahlen usw. aufgestellten 31 Kandidaten gewählt. Die abgegebene Höchststimmzahl betrug für die sozialdemokratische Liste 260 und für die christlich-nationale Liste 402.

**Allgemeines.**

**Ueber die Wirkungen verkürzter Arbeitszeit** in gewerblichen Betrieben macht der eben erschienene Jahresbericht der Großh. Hessischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1907 wieder einige allgemein interessierende Mitteilungen. Der Bericht stellt zunächst fest, daß das Bestreben der Arbeiter, die Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen herabzusetzen, auch im Berichtsjahr allenthalben zu beobachten gewesen sei. Der Fehntagebau ist heute wohl die Regel, doch ist in vielen Fällen die Arbeitszeit auch darunter zu fallen z. B. im Aufsichtsbezirk Borms 49 Arbeiter der dort ansässigen Lederindustrie, ein Drittel der dortigen gesamten Arbeiterschaft, den 24-tägigen Arbeitstag. Die regelmäßige Arbeitszeit erstreckt sich von 7 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, wobei am Vormittage eine 1/2-stündige und mittags eine einstündige Pause stattfindet, während die Nachmittagspause auch für jugendliche Arbeiter fortfällt. Ueber ihre Erfahrungen mit dieser Arbeitszeit teilt eine Firma mit, daß sie beobachtet habe, daß eine bessere Ausnutzung der Maschinenkraft, der Tageshelle und der Arbeitszeit selbst erzielt werde, ganz abgesehen davon, daß den Arbeitern schon von 5 Uhr ab Gelegenheit geboten sei, mit ihrer Familie zu leben und zu wirken. Durch die Erhöhung der Stundenlöhne verdienten die Arbeiter mindestens dasjelbe wie früher, in den meisten Fällen sogar noch mehr. Durch pünktlichen Anfang und Schluß der Arbeitszeit werde bei der Stücklohnarbeit gleiches wie früher geleistet und verdient. Auch bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit im Lagerhausbetrieb wurde beobachtet, daß die Jahresverdienste der Arbeiter und die Gesamtleistungen die gleichen geblieben seien. Wie weit das Vorurteil, als ob eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit auch einen Rückgang der Leistungen bedinge, im Schwimmen begriffen ist, dürfte aus der Mitteilung des Berichtes hervorgehen, daß man sich auch auf dem Lande der Einsicht nicht mehr verschließen kann, daß in der Herabsetzung der Arbeitszeit ein kultureller Fortschritt liegt.

**Der Käuferbund (Deutschland) berendet seinen ersten Geschäftsbericht.**

Die Gründung des Bundes ist eine der Nachwirkungen der Heimarbeitausstellung, welche als ein harter Appell an das öffentliche Gewissen gewirkt hatte. Der Käuferbund will dieses soziale Interesse nicht wieder zur Ruhe kommen lassen, sondern bei dem kaufenden Publikum ständig das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit gegenüber den Werkstättenarbeitern, Heimarbeitern und Handelsangestellten wach erhalten. Die Aufgaben der Mitglieder sind u. a. bei ihren Einkäufen diejenigen Firmen zu bevorzugen, die ihren Angestellten und Arbeitern gute Arbeitsbedingungen geben; in einem weitverbreiteten Flugblatt wurde das Publikum gebeten, abends nicht nach 8 Uhr und an Sonntagen nur das Unverzichtbare einzukaufen; Bestellungen, besonders bei Saisonarbeiten und vor Festen, sind rechtzeitig aufzugeben, um allzulange Arbeitszeit und Ueberanstrengung der Arbeiter und Angestellten zu vermeiden.

Vorsitzende des Bundes ist Frau Staatsministerin v. Bethmann-Hollweg, stellvertretende Vorsitzende sind Frau v. Ansel-Dobersch und Professor Dr. Ernst Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“. Männer und Frauen der verschiedensten Richtungen arbeiten im Vorstand und im Bund zusammen. Der Bund hat weit über Berlin hinaus Mitglieder gewonnen; auch sind Vorarbeiten zur Gründung von Ortsgruppen im Gange. Nach außen hin ist er in Berlin hervorgetreten durch eine öffentliche Versammlung zugunsten des 12-Uhr-Ladeneschlusses im September 1907, als diese Frage für Berlin besonders aktuell war. Den Bestrebungen des Käuferbundes, wie sie sich in dem ersten Geschäftsbericht spiegeln, ist der beste Erfolg zu wünschen. Wenn das Publikum, das ja als Käufer und Konsument der Arbeitgeber größten Stiles ist, erst aus seiner Gleichgültigkeit angereizt, sich seiner Pflicht bewußt wird, dann wäre es auch als geschlossene Kraft imstande, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter wie der Handelsangestellten zu erreichen, auch besonders durch Unterstützung und Förderung derjenigen Arbeitgeber, welche den gleichen Zielen zustreben möchten, aber selbst unter dem Druck der Konkurrenz leiden.

Um weitere Kreise den Eintritt zu ermöglichen, ist der Mitgliedsbeitrag auf 1 Mark festgesetzt, doch sind höhere Beiträge zum Zwecke der Propaganda beizugeben erwünscht. Aufklärende Druckfaden werden bereitwillig durch die Geschäftsstelle, Berlin IV 30, Rollendorfsplatz 29-30, versandt.

**Zunahme der Frauennarbeit und Abnahme der Männerarbeit.** Nach den Statistiken der Krankenkassen in Berlin für das Jahr 1907 hat in diesem Jahre in Berlin die Frauennarbeit in viel höherem Umfange zugenommen als die Männerarbeit, je vielfach ist sogar eine Abnahme der Männerarbeit hervorgetreten. Im einzelnen wurden folgende Beobachtungen gemacht: Im Januar erhöhte sich die Zahl der weiblichen Mitglieder gegen den gleichen Monat des Jahres 1906 um 18000, dagegen verminderte sich die Zahl der weiblichen Mitglieder um 2500. Im Februar trat bei den weiblichen Mitgliedern (immer gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahre) eine Erigerung von 12600 hervor, bei den Männern traten wesentliche Ver-

änderungen nicht ein. Im März wurden in den Berliner Krankenkassen 12000 Frauen mehr und 3900 Männer weniger gezählt. Der April brachte eine Vermehrung von 31000 Frauen und gleichzeitig auch eine Vermehrung von 7000 Männern. Der Juni brachte eine Abnahme von 12800 männlichen Mitgliedern gegenüber. Im Juni wurden 14000 Frauen mehr und 1900 Männer weniger gezählt. Die Monate Juli bis Oktober brachten eine Zunahme der männlichen Mitglieder, die sich zwischen 500 und 4200 bewegte, dagegen hatte sich erhöht der Bestand der weiblichen Mitglieder um 18000 im Juli, um 16000 im Oktober. Der November brachte eine weitere Erhöhung der weiblichen Mitglieder um 12000 Personen, gleichzeitig war die Zahl der männlichen Mitglieder um 3400 zurückgegangen. Im gesamten Jahresdurchschnitt von Januar bis November berechnet, war der Mitgliedsbestand gestiegen um 1400 bei den Männern und um 15000 bei den Frauen. Das ergibt eine Gesamtvermehrung um 16400 Mitglieder. Dagegen hatte sich der gesamte Mitgliedsbestand in den Berliner Krankenkassen vermehrt um 39000 im Jahre 1904, um 44000 im Jahre 1905 und um 41000 im Jahre 1906. Die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist somit auch in den Mitgliederziffern der Krankenkassen zum Ausdruck gekommen.

**Briefkasten.**

Nach Ehe: Das „Zentralblatt“ wird für die Vorstandsmitglieder gratis geliefert.

**Versammlungsstamder.**

- Essenburg. 11. April, 8 1/2 Uhr, bei Walter Moll.
- Borken. 12. April, 11 Uhr, Bäderwechsel, 11 1/2 Uhr Versammlung.
- Borghorst. 5. April, 11 Uhr, bei Franz Dierfeld.
- Bocholt. 8. April, 8 1/2 Uhr, bei Zimping, Arbeitervertreter.
- 12. April, 5 Uhr, im Lokale des alten katholischen Arbeitervereins, Arbeiterinnenversammlung.
- Burgwaldbiel. 5. April, 6 1/2 Uhr, bei Stammen, Generalversammlung.
- Sothaus. 4. April, 8 Uhr, bei W. Döring, Reiner Saal.
- Düsselboof. 5. April, 11 Uhr, im Paulshaus.
- Pöscheln. 5. April, 1/8 Uhr, bei Heim. Müller, öffentliche Versammlung.
- Forst (Lauß). 4. April, 8 1/2 Uhr, im Lokale zum Prälaten, Gerberstraße.
- M.-Gladbach-Blumenberg. 5. April, 6 Uhr, bei Hof. Meben, Blumenberg.
- M.-Gladbach-Hehn. 12. April, 11 Uhr, bei Wdh. Effen.
- M.-Gladbach-Bierstr. 11. April, 8 1/2 Uhr, bei Wdh. Orth.
- Glanchau. 4. April, 1/2 Uhr, im Meißenhau.
- Sachsenkirch. 5. April, 6 Uhr, bei Jakob Weidau, öffentliche Versammlung.
- Kaltzerberg. 12. April, nach dem Hochamte, bei Egidius Hermanns.
- Raalen. 12. April, 11 Uhr, bei E. Schneider.
- Lobberich. 5. April, 6 Uhr, bei Gschw. Jandew, Generalversammlung.
- Neutver. 5. April, 6 Uhr, bei Peter Hoppenlampa.
- Reumünster. 5. April, 1/2 Uhr, im kath. Stellenvereinslokale, Bahnhofsstr., Quartalsversammlung.
- Reesfen. 12. April, 7 1/2 Uhr, bei Max Maßfeld.
- Northorn. 5. April, 11 Uhr, im Lokale Kriegerhalle, Abrechnung.
- 11. April, 8 Uhr, im Lokale Kriegerhalle.
- Ostrop. 5., 12., 19. und 26. April, 1/2-1/2 Uhr, bei Witwe Fischer, Dieltierstraße.
- 7. April, 8 Uhr, bei Wdh. Koh, Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung.
- Reichensau i. Sa. 8. April, 1/8 Uhr, im Gasthof „Stadt Jüttau“, außerordentliche Generalversammlung.
- Rheine. 12. April, 11 1/2 Uhr, bei Hermes.
- Soran R.-L. 9. April, 8 Uhr, im Lokale „Weinberg“.
- Sodmon (Baden). 5. April, öffentliche Versammlung.
- Worf. 5. April, 7 Uhr, bei Joseph Hüder.
- Wegberg. 5. April, 10 1/2 Uhr, bei Joseph Winkens, Generalversammlung.
- Wirsfen. 5. April, 6 Uhr, bei Gerh. Kassen (Sankt Jobs).
- Jüttau, Sachsen. 5. April, 5 Uhr, in der Eibauer Bierhalle.

**Lobberich.**

Konium-Verein „Eintracht“ Lobberich in Liquidation. Palmsonntag, den 12. April 1908, morgens 11 1/2 Uhr, im Lesian Saale des Herrn Wilhelm Küstermann, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bilanz, 2) wichtige Besprechungen betreffend Ausstände, 3) Berichtsbendes. (M. L. 60). Die Liquidatoren: Gerh. Glasmachers, Joh. Keemen, J. Anstöß.

**VII. Bezirk (Bayern).**

**Adressenänderung.** Vom 1. April ab lautet die Adresse: Augsburg, Karmelitengasse E 167 L. Peter Geier, Bezirksvorsitzender.

**Befanntmachung.**

Forst (Lauß). Seit dem 15. März ist der Kollege Hermann Voigt aus Weida i. Th. als Geschäftsführer unserer Ortsgruppe tätig. Das Bureau befindet sich vom 1. April ab Zägerstraße 19, 2 Treppen. Alle Geschäfte sind dann dortselbst zu erledigen. Auch Zuschriften wolle man an Kollegen Hermann Voigt richten. Der Vorstand.

**Befanntmachung.**

Abhebt und Umgegend. Das hiesige Gewerkschaftskartell beidlos in seiner letzten Sitzung als Verkehrsstat der Mitglieder der angeschlossenen Berufsgruppen die Wirtschaft Steph. Jol. Pen n a r k, Dohlsenerstr., festzulagen. Der Geschäftsführer: J. Verzhoff.

Sch nehme hiermit die beliebige Aussage, die ich am 15. d. Mts. in der Wirtschaft Müller in M.-Gladbach gegen den Konsumverein „Einigkeit“ gemacht habe, als unwahr zurück. G. L.

**Sterbe-Tafel.**

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Adolf Kamps in Hannover-Linden.
  - Jos. Himmelpach in Lahr.
  - Jos. Pontzen in Eupen.
  - Karl Grundoi in Neustadt O.-Schl.
  - Gertrud Schoppo in Neustadt O.-Schl.
  - Gertrud Moll in Eynatten.
  - Helena Kosler in Haaren.
  - Albert Elpes in Borghorst.
  - Hch. Dahmen in Sückeln.
  - Math. Ackermann in Sückeln.
  - Maria Bosch in Krefeld.
  - Karl Meessen in Vaaks.
  - Herm. Bauhaus in Bocholt.
  - Peter Uhler, Wickrath.
- Ehre ihrem Andenken!